

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Wönschel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund e.V., Wilh.-Charlottenburg

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljähr. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Vollgeb. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Gezeile. Seite 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen-, Kreisgruppen-, Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluss an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 44.

Berlin, 31. Oktober 1930.

11. Jahrg.

Die Verlogenheit der polnischen Deutschenhege.

Wie das Polentum durch maßlose Übertreibung an sich unbedeutender Vorfälle aufgekocht wird.

Wir haben in der vorigen Nummer in dem Artikel „Soll das so weitergehen?“ die maßlose Verheerung der polnischen Bevölkerung gegen das Deutschtum durch die polnische Presse und durch polnische Organisationen hervorgerufen und dabei darauf hingewiesen, daß das Unfassliche an dieser Deutschenhege die verlogene Begründung ist, die darin besteht, daß man behauptet, in Deutschland werde das Polentum verfolgt und vertrieben, barbarisch behandelt und beschuldigt, einem dauernden Märtyrertum unterworfen. Es ist notwendig, um die Methoden der polnischen Verlogenheit in der Darstellung aller Welt klarzulegen, noch einmal ausführlicher darauf einzugehen, in welcher Weise verlogene Darstellungen der polnischen Presse die polnische Volksseele vergiften und gegen das Deutschtum einnehmen.

Wir haben in Nr. 42 des „Ostlands“ auf Seite 525 auf die Zusammenhänge zwischen Vertrieben des Deutschtums und des Polentums im Kreise Wilken,

und zwar in Oslawdamrau und Domsdorf, hingewiesen. Unsere Leser erinnern sich, daß es sich dabei darum handelte, daß in Domsdorf die deutschen Nationalsozialisten den „Hort“ Domsdorf seine Würde in polnischer Sprache halten lassen wollten und so lange Lärche in der Versammlung machten, bis der Wirt verlangte, daß die Polen das Lokal räumen mußten, worauf polnische Wähler Deutsche in den Hinterhalt lockten, überfielen und blutig schlugen, während in Oslawdamrau Stahlhelmleute sich die übertriebenen Provokationen bei einem polnischen Kinderfest nicht gefallen ließen, die Entfernung der polnischen Frauen verlangten und dadurch Erregungszustände hervorriefen, die dazu führten, daß das Kinderfest abgebrochen werden mußte, ohne daß es dabei aber zu Verletzungen gekommen wäre. Was macht nun der „Głos Pogranicza“, die „Belaga der Allensteiner“, „Gazeta Olsztynska“ für die Grenzmark Polen-Westpreußen, daraus? Er schreibt in seiner Nr. 42:

„Die räuberischen (!) Überfälle der deutschen nationalsozialistischen Störtruppe auf die friedliche polnische Bevölkerung in der Kalschubei haben in der ganzen Welt (!) einen ungemein starken Eindruck hervorgerufen. Die ganze zivilisierte Welt (!) verurteilt die Methoden, die man in Deutschland gegen die nationalen Minderheiten anwendet.“

Das Blatt spricht ferner von „unkultivierten“ und „amplifizierten“ Mitteln, die die Deutschen gegen die

Minderheiten anwenden, „um sie mit der Faust und den Summknüppel zu germanisieren“, und meint, daß die Deutschen damit nicht weit kommen werden. Das Blatt fährt dann fort:

„Die Nachrichten von den deutschen Übergriffen in Oslawdamrau (polnische Schreibweise) und von dem Überfall auf polnische Kinder, von der Sprengung der polnischen Wehnerfammlung in Domsdorf, von der Demolierung (!) der polnisch-katholischen Schule und von der Vergrügelung polnischer Kinder in Gröden haben nicht nur unter den in Genf versammelten Diplomaten und den heroerregenden Staatsmännern der ganzen Welt Entrüstung hervorgerufen. (!) Nicht nur sie haben das deutsche Verhalten verurteilt und gebrandmarkt. (!) Die Nachricht von den Vorgängen hat sich im Weltmarken in der weiten Welt verbreitet. In der tschechoslowakischen Welt war sie auf das Feuer der

deutschfeindlichen Anschauungen und Überzeugungen der tschechischen Bevölkerung und trug sie zu deutschfeindlichen Lärchen in Prag bei. Begonnen wurde mit dem Boykott deutscher Filme und Waren, was für die Deutschen ein empfindlicher und erster Verlust ist, und auch den deutschen Minderheiten der tschechoslowakischen gegenüber begann man sich anders zu verhalten als bisher.“

In Polen haben die Bütower Vorgänge die öffentliche Meinung geradezu erschüttert. Die ganze polnische Volksgemeinschaft, ohne Unterschied des Parteistandes und der politischen Anschauungen, hat an der Protestaktion — wie man sagte — „gegen die deutschen Barbareien“ teilgenommen. Es fand eine Unzahl von Versammlungen statt. Die ganze polnische Presse brachte an heroerregenden Stellen Artikel über die Verfolgungen der Polen in Deutschland. Dem Deutschen Gleiches mit Gleichem vergeltend, haben die patriotischen Organisationen ebenso wie der Stahlhelm in Deutschland — beschlossen, die Aktion der deutschen Minderheit in Polen zu beobachten. Insbesondere sollte das Echo im Polenland und Demoralisation am härtesten wider. Viele Zeitungen interviewten sich, wobei für unser Volk, indem sie lange und erste Artikel über die verurteilten Gebote unseres Lebens brachten.

Nicht nur die Presse und die Organisationen reagierten jedoch so



Abg. Schulrat August Demetmann f.
(Zerst. Seite 554/554.)

Magistrat Elbing
Eing. - 1. NOV. 1930

Itark auf die Vorgänge in Oslawdamerow, Gröbenzin usw. Auch die ganze Bevölkerung wurde durch das Schikanierten der Polen in Deutschland auf das tiefste erzittert und erregt. Und da fast keine in Polen und Pommerellen Verwandte und Bekannte in Deutschland, so gefellte sich zu der Enttäuschung als Mensch und Völk und die Sorge um das Schicksal der Knechten. Insbesondere empfand die polnisch-katholische Bevölkerung in Pommerellen, die durch Tausende von Töden der Verwandtschaft, Freundschaft und Bekanntheit mit der gleichen Bevölkerung in den Kreisen Bütow und Cauenburg verbunden ist, förmlich die Verfolgung ihrer Brüder jenseits der Grenze.

Über den Einbruch, den die masslosen Übergriffe gegen die Vorgänge in Kreise Bütow in Polen hervorgerufen haben, welche Wirkung die Verhetzung der Polen und der Katholen durch die polnische Presse erlangt hat, dafür erzählt daselbstes Blatt ein charakteristisches Beispiel. Bei Schillingen seien kürzlich Aufnahmen für den polnischen Film „Wind vom Meer“ gemacht worden. In einer Szene hätten polnische Schauspieler, als preussische Soldaten verkleidet, ein katholisches Schloß gestürmt. Als die Katholen das gesehen haben, seien sie aus der Umgegend mit Mistgabeln, Stangen und Dreschflegeln herbeigeeilt, hätten auf die vermeintlichen Preußen losgeschlagen und geschrien: „Das habt ihr Hundebrot für Oslawdamerow!“ Die Schauspieler seien so jüngerlich worden, daß einige ins Krankenhaus hätten eingeliefert werden müssen. Das polnische Blatt zieht aber daraus nicht etwa die Lehre, daß die polnische Verhetzung der Bevölkerung an diesen nicht angenehmen und beherrschenden Vorgängen, selbst nicht, sondern sie meint, sie seien „für jeden verständlich, der die Katholen kennt und weiß, wieviel Schikane, Verfolgungen, Verachtungen und Erniedrigungen sie in der Zeit der Knechtschaft von den Deutschen erfahren mußten“. Das Blatt identifiziert hier also in der üblichen polnischen Weise eines weiten „Polen- und Katholen“, obwohl die große Masse der Katholiken zum „Polentum“ wissen will. Interessant ist aber, wie der „Oles Pogranicz“ auch diese Gelegenheit benutzt, das Katholizentum gegen das „Polentum“ aufzuheben, indem es über die angeblichen früheren Katholikenverfolgungen schreibt:

„Bei allen Gelegenheiten wurde der polnischen Bevölkerung zugehört. Man suchte sie ihrer Häuser und der heimatischen Scholle jenseits der Grenze zu berauben, jagenden sie aus dem Lande, zu zerschlagen (?), die gekommen waren, um unser Korn, um unser Vieh zu erntem, um aus unseren Kindern Betrüder das heiligen Glaubens und der Rationalität zu machen. Den Kindern suchte man in den Volksschulen das Gist des Hasses gegen alles, was polnisch-katholisch ist, einzupflanzen, man suchte den unschuldigen Kinderleiden Verachtung für die Sprache, den heiligen Glauben und unsere Sitten einzupflanzen. Sogar Friedland, ein Knecht, der Friedland in Knecht, wurde zum Raub-Pommerellen in Polen eine Kettenkette in Kalm errichtet, deren Aufgabe es war, den katholischen Adel zu germanisieren und die Jugend zu preussischen Offizieren zu erziehen. Waren es doch polnische, katholische Mütter, markere Katholikinnen, die da zu ihren Söhnen sagten: „Ich will dich lieber im Grabe sehen, denn als preussischer Offizier.“ Und weil die Katholen als Menschen von geringem Wert hinstanden, um sie zu erniedrigen und ihre Menschenwürde mit Füßen zu treten, verbreiteten die Deutschen den Ausdruck „ein Kathole“ zur Bezeichnung von etwas Unmoralischem und Gemeinem. Es ist deshalb kein Wunder, daß, als unsere Brüder jenseits der Grenze die verhassten preussischen Uniformen erblickten, ihnen alle Unbilden ins Gedächtnis kamen und sie sich an den vermeintlichen Betrüder rächen wollten.“

Wie verlogen das ist, daraus hervor, daß nach der eigenen Darstellung des polnischen Blattes die katholischen Bauern die Ausweisungen nicht begreifen wegen der früheren Polenverdrückungen, sondern wegen der angeblichen jetzigen „Polen- und Katholenverfolgungen in Oslawdamerow usw. Der polnischen Verhetzung ist eben jede Frage recht, wenn sie nur dem Ziele dient, die Deutschen verächtlich zu machen.

Die „Gazeta Ostojnicka“ selbst berichtet über die deutsch-polnischen Demonstrationen der Polen in Polen usw. in Nr. 42 unter der Überschrift: „Das sind die Erfolge der deutschen Minderheitenpolitik“. An der Einleitung zu diesem Bericht schreibt das Blatt:

„Wenn die deutschen „Hokaiten“, durch das Wahlergebnis vom 14. September froh geworden, ihre kriegerische Begierde an der polnischen Bevölkerung in Deutschland angelastet abhaken zu können glauben, sie haben sie sich stark geirrt. Die Überfälle der deutschen Stoßtrupps, die Überfälle auf polnische Schulen und polnische Lehrer, die Mißhandlung unschuldiger polnischer Kinder haben im Auslande ein lautes Echo gefunden. Die jüdische Welt spitzte die Ohren auf das Echo der Verfolgungen der polnischen Bevölkerung in Deutschland hin. Die bündelischen (?) Ausschreitungen der deutschen Stoßtrupps haben, wie vorausgesetzt war, die öffentliche Meinung in den Kulturstaaten tief empört. Insbesondere hat Polen auf die an der polnischen Bevölkerung in Deutschland begangenen Gewalttaten stark reagiert.“

Das Blatt bringt dann den Inhalt der in der vorigen Nummer mitgeteilten Flugblätter, die in Polen verteilt wurden und in maßlos hetzerischen Ton gehalten sind, und schildert die jüdischen Umjüge und verheerenden Angriffe auf deutsches Eigen-

tum, die in Polen vorgekommen sind. „Da die Manifestanten“, so schreibt das Blatt, „deutsche Buchhandlungen zu vernichten begannen, wurden sie von der polnischen Polizei vertrieben. Das „Berliner Tageblatt“ irrt, wenn es von einer Deutsehbege in Polen und Ausschreitungen des Straßenpöbels schreibt. Nicht der Straßenpöbel, sondern die erregte polnische Volksgemeinde hat gegen die deutschen Barbaren (?) protestiert und Gleiches mit Gleichem vergolten im Sinne der Forderung „Wie du mir, so ich dir“. Das Blatt schreibt dann nochmals von der „bündelischen Art“ der Mitglieder deutscher Kampforganisationen, polnische Schulen zu vernichten und die polnische Bevölkerung zu mißhandeln. Und diese verlogenen Hetzerien darf sich angeheißt ein polnisches Blatt auf deutsch „Dobras gehalten. Man denke sich, was einem deutschen Blatt in Polen geschehen würde, das in ähnlicher Weise gegen die Polen Stellung nähme!“

Auch der „Kurjer Pomsanski“ hat in Nr. 472 über die „elementaren deutsch-polnischen Rundungen in Polen“ unter der Überschrift berichtet: „Protest gegen die deutschen Gewalttaten an der polnischen Bevölkerung in den Kreisen Bütow“, insbesondere im Kreise Bütow. Der „Kurjer“ gibt dann das ernste aufrufende polnische Flugblatt noch inhaltlich wieder. Daraus ergibt sich, daß es aus der Zeit von drei Wochen eine Fülle der deutschen Gewalttaten, die gegen die weitestgehende polnische Bevölkerung und sogar gegen polnische Kinder begangen wurden, enthält, die folgendes befragt:

1. 22. August. Deutsche Stoßtruppsgruppen mafiaktierten (!) in Cauenburg in Masuren einen Ausflug polnischer Studenten aus der Elchewitz.

2. 24. August. Ein Stoßtrupps des „Stahlhelms“ veranstaltete im Dorfe Groß-Crampen (Kreis Stadt Danzig) einen Pogrom (!) an der polnischen Bevölkerung, ohne Frauen und Kinder zu schonen.

3. 26. August. Im Groß Schoritz auf Rügen mafiaktierten (!) die Deutschen polnische Landarbeiter, wobei sie einen von ihnen töteten und einige verletzten.

4. 2. September. Ein Stoßtrupps des „Stahlhelms“ veranstaltete einen Einfall in das polnische Dorf Oslawdamerow, sprengte eine Feier der polnischen Schulkinder, mißhandelte Frauen und vernichtete vollständig die Einrichtung der polnischen Schule.

5. 7. September. Der deutsche Maffar Raduk in Grobisko im Oppelner Bezirk schlug einen Polen, der polnische Wohlfühlblätter verteilte, ins Gesicht und verwundete ihn.

6. 8. September. In Grotzow und umgebenen deutsche Stoßtrupps drei polnische Studenten aus Breslau, die bei den Reichstagswahlen für die polnische Liste agitierten.

7. 8. September. Der polnische Wirt Cyslenki wurde von dem deutschen Gemeindevorsteher in Oslawdamerow, Förster Zimmermann, mißhandelt.

8. 9. September. Hinterlassene Sprengten eine polnische Wählerversammlung in Domaderl und vernichteten mehrere polnische Bauern Häuser.

9. 13. September. Die Deutschen sprengten ein Vergnügen polnischer Kinder in Neu-Roetke im Ermland. Ein deutscher Stoßtrupps überfiel und verletzten den Polen Wielekin, seine Ehefrau und Tochter.

10. 13. September. In Gröbenzin mißhandelte der Deutsche Gutsherr polnische jugendliche Schulkinder.

11. 16. September. Ein deutscher Stoßtrupps bemordete polnische Arbeiter in Reidenburg mit Steinen.

12. 17. September. Ein Stoßtrupps des „Stahlhelms“ demolierte vollständig die polnische Schule in Gröbenzin.

13. 12. September. In Mikolajken im Weichselgau überfielen Deutsche Frau Ostjka, die Eigentümerin des Hauses, in dem sich die polnische Schule befindet.

Hier wird durchweg harmlose Alltagsvorkommnisse des polnischen Kampfes zu großen Ereignissen aufgebläht, die durch ihre Masse wirken sollen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine künstliche polnische Agitation, die wegen ihrer Wirkung geradezu verbrecherisch genannt werden muß.

Die „Gazeta Ostojnicka“ bringt in Nr. 438 unter der Überschrift „Deutsche Verbände und polnische Minderheit in Deutschland“ einen Artikel, in dem es einleitend heißt:

„Aus dem Ermland und aus Masuren erreicht uns wieder der verwerfliche Schrei unserer von teutonischen Hoch überfallenen und verfolgten Brüder. (!) Nicht genug der Verarmungsverbote, nicht genug der Verordnungen der Behörden, die das Polentum überall dort austrotten (?), mo es ihnen schmeckt, sie haben sie sich selbst die Verdrängung polnischer Familien von der Scholle, die sie von den Vätern ererbt haben, ist jetzt auf Befehl von oben gegen unsere Brüder mit dem räuberischen Knüttel und Keule in der Hand vorgegangen worden, und nach längerer Unterdrückung steht wiederum polnische Blut. Die deutschen Stoßtrupps verheeren weiter Kinder und Frauen (!) sie haben ihre Gräueltaten der Verdrängung polnischer Familien und verbreiten überall (!) Schrecken und Gewalt. (!) Und wiederum gehen, wie ehedem der Heimatland, der Jungdeutsche Orden und der Stahlhelm nach einem von vornherein ausgearbeiteten Plan systematisch diszipliniert vor, heute hier, morgen dort, bald offen, bald in der Heimlichkeit, aber stets nach ein und demselben Vorbild.“

Die Schicksalsverbundenheit des Ostens und des Westens.

Ein Dankschreiben des Oberpräsidenten der Rheinprovinz Herrn Dr. Suchs an den Ostbund.

Am der Spitze der letzten Nummer unserer Zeitschrift haben wir ein „Weihnachtsgramm an den Regierungspräsidenten in Aachen an der großen Kriegerdenkmalstätte in Aachen“, der 260 Seite zum Opfer gefallen sind, während rund 50 Bergarbeiter und Angestellte schwer verletzt sind, veröffentlicht. Die Bundesleitung hat auch an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Herrn Dr. Suchs, ein Weihnachtsgramm gerichtet und in diesem auch die erwähnte „Beschlüßnahme“, im „Ostbund“ hingewiesen. Daraufhin ist uns folgendes Dankschreiben zugegangen:

„Dem Bundespräsidenten des Deutschen Ostbundes danke ich namens der Rheinprovinz und vor allem namens der Hinterbliebenen der Opfer des fürstbairischen Alzöcker Grubenunglücks aufrichtigst für

Das Blatt schildert dann den angeblichen Hitler-Krieg durch das Vorgehen Hitlerischer Stützpunkte, namentlich auch in England und in Afrika, ferner die Bedeutung und die Tätigkeit des Jungdeutschen Ordens, insbesondere auch in den erwähnten ostpreussischen Bezirken, wobei gesagt wird, daß der Jungdeutsche Orden eine erhöhte Propaganda gegen Polen und Danzig begonnen hat“ und daß er „ebenfalls die ganze Schärfe seiner Angriffslust als Antizipation des überheut und aufgewiegten Volkes gegen die in Deutschland wohnenden Polen gezeigt hat“. Es behauptet dann polenfeindliche Angriffe des Stahlhelms, bemerkend:

„Alle diese und ähnliche Unternehmungen, alle herausfordernden Rufe und Töne unter der Fahne Polens, die Drohungen und Schreie des Kampfes mit dem Kreuz und Schwert in der Hand lassen nicht den geringsten Zweifel bestehen, daß es dem Stahlhelm nicht um einen irdischen Kampf, sondern um einen bewaffneten Kampf und einen Angriffskrieg gegen Polen (!) geht.“

Um der Berührung des Potentials befürchten Nachdruck zu geben, behauptet das Blatt, das dabei, wie wir feststellen, den Deutschen Ostbund nicht erwähnt, wie das auch die anderen polenfeindlichen Blätter nicht tun, dann:

„Die so eingetretene Gruppe des Stahlhelms hat die Sympathien nicht nur in Deutschland, sondern eines ungeschwächten großen Teils des deutschen Volkes hinter sich.“

Schließlich malt das Blatt den weltpolitischen Hintergrund wie folgt aus:

„Kein Wunder, daß seine Führer mit den Führern der Nationalen und mit den Führern des deutschen Heeres in geschlossenem Reine in der Richtung einer keinen Augenblick nachlassenden, wachstumsbedingten Selbsterhaltung der Nation und der englische Presse, die über jede Einheit des intimen Verkehrs der Führer der Reichswehr, des Jungdeutschen Ordens und des Stahlhelms mit den bolschewistischen Apologeten ganz genau unterrichtet ist.“

Reichswehr, des Jungdeutschen Ordens und des Stahlhelms mit den bolschewistischen Apologeten ganz genau unterrichtet ist. Neben dem regulären deutschen Heere sollen „Opferbataillone“ tätig sein. Ihre Aufgabe soll beruhen in der Vernichtung aller Widerstandsmittel im Kriegsgebiet, in „offensivem Dienst“ im Rahmen der Reserve und der Eroberung oder sogar der vollständigen Ausrottung des polenfeindlichen Elements. Daraus, was im Erlaunde und in Afrika nur sich geht, könnte man entnehmen, daß die Deutschen schon daran gegangen sind, die ersten Anfänge ihrer nichtswürdigen Mission zu erfüllen und mit der Lösung „Ausrottung“ gegen unsere wertvolle Minderheiten vorgehen. (!) Der Vorhang ist schon aufgehoben, und es zeigt, daß die republikanische Volksbewegung dem Erbe der **Völkermordenden Schandkriege** und **blutigen Schurkereien** (!) nichts verloren hat. Am Horizont ist eine Wolke erschienen, die mit einem Orkan alle europäischen Völker und besonders uns bedroht, die wir mit dem Lande benachbart sind, das die Renaissance des teutonischen Rationalismus unter der Fahne Hitlers vertritt. Um sich dem entgegenzusetzen, wird ein Zusammenschluß aller Kräfte unter einer nationalen Fahne und gleichzeitig eine Entspannung der inneren Lage in Polen nötig sein. Je eher wir in der Lage sein werden, alle uns trennenden Parteigegensätze zu vernichten, je eher wir uns in geschlossener Reihe an die Seite der Völkermörder Staatsmänner stellen werden, desto eher werden wir die hinterlistige Aktion der Deutschen, die auf unsere Zerstückung und unsere Ohnmacht rechnen, abzuwehren.

Wenn wir uns in die Verhältnisse hineinfinden, unter denen die überfallene, mißhandelte und blutig gequälte polenfeindliche Minderheit in Deutschland lebt, werden wir den Hintergrund der gellenden Vorgänge in Polen verstehen, die jedoch in ihren Kundgebungen nicht die richtigen Formen angenommen haben.“

den Ausdruck herzlicher Teilnahme an dem schweren Schicksalschlag, der am 19. Oktober die deutsche Weltkarte betroffen hat.

In unserer Trauer, die das neue schwere Grabungsgeld in Saarbrücken verdrängt hat, empfinden wir Rheinländer besonders dankbar die Teilnahme des ganzen deutschen Vaterlandes und die darin zum Ausdruck kommende Verbundenheit aller deutschen Stämme.

Juchs, Oberpräsident der Rheinprovinz.“

Auch anlässlich des Grabungsgeldes in Saarbrücken hat die Bundesleitung Herrn Oberpräsidenten Dr. Suchs noch dem Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken herzlichste, die Schicksalsverbundenheit zwischen dem Osten und dem Westen zum Ausdruck bringende Weihnachtsgrüße gesandt.

Die Wut gegen den Stahlhelm ist nicht zuletzt entfesselt geworden durch einen in der Schneidermühler deutschen Zeitung „Die Grenzmark“ (Nr. 223) veröffentlichten Befehl des Stahlhelmsführers von Wolff, den der „Dziennik Berlinki“ „unerschrocken“ nennt. Er lautet:

„Die polnische Population in den Grenzkreisen, der polnische Versuch, sich mit Schulen, Spionage und Geld in polenfeindliche Grenzkreise einzufressen, und demgegenüber der fehlende Schutz durch unsere Regierung zwingt den Stahlhelm zur Selbsthilfe.“

Ich befehle daher: Die Grenzkreise halten mit der nationalen Bevölkerung der gefährdeten Völker ländliche Verbindung. Polnische Veranstaltungen sind zu beobachten. Die Grenzkreise können fortlaufende Kundgebungen in den Dörfern an (Nachfahrtskreisen, Abnamsmärgen, Kraftfahrtsfahrten). Zum 8. i. M. kurze Berichte an die Kreisleitung über die Grenzpolitik. Die Winterarbeit beginnt!“

Der „Dziennik Berlinki“ (Nr. 238) bemerkt dazu:

„Wie vorauszu sehen war, ist dieser unerschrockene Befehl der Stahlhelmsführer verhängnisvolle Entladung in ganz Polen hervor. Das polenfeindliche Volk hat in zahlreichen Versammlungen bemerkt, daß es die polnische Bevölkerung in Deutschland nicht ungegrüßt bedauern lassen wird und daß es auf Gewalttaten, denen diese Bevölkerung unterliegt, mit einer entschieden Stellungnahme gegenüber der deutschen Minderheit in Polen antworten wird. Ein deutscher Versuch, dafür ist auch der Aufruf, der von der „Organisation der Jungdeutschen“ des großen Polens“ an die Ortsgruppen in den Westmündungen Pommerns, Polen und Ostpreußen erteilt worden ist... Diese bereitete Antwort auf die deutschen Gewalttaten ist ganz verständlich. Die polnische Jugend konnte nicht länger ertragen, was mit der polenfeindlichen Bevölkerung in Deutschland geschieht. Sie hat ebenfalls beschloßen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten.“

Der „Kurjer Poyanaski“ ist nicht zufrieden damit, daß die polnische Bevölkerung auf die deutschfeindliche Verberbung mit den schlimmsten Befürchtungen des Deutschen und Vermittlungen des deutschen Eigentums genötigt wird. Er beklagt sich vielmehr darüber, daß die polnische Regierung das deutschfeindliche Programm nicht aufgegeben hat. Das tut insbesondere der „Kurjer Poyanaski“ in Nr. 268. Er wiederholt dabei die Hauptpunkte dieses deutschfeindlichen Programms wie folgt:

1. Eine polnische Intervention vor dem Forum des Völkerbundes in Sachen der herausfordernden Forderungen des Reiches des Deutschen Reiches ist nicht erfolgt.
2. Von einer gehörigen Sicherung der westlichen Grenzen Polens ist nichts bekannt.
3. Die im Gebiet der westlichen Nachbarbesten beschäftigten Optanten und ausländischen Deutschen sind aus Polen nicht entfernt worden.
4. Infolge der Aufrechterhaltung der ehemaligen preussischen Ansiedler ist nicht niedergebesselt worden.
5. Die Liquidation deutschen Besitzes ist nicht erneuert worden.
6. Von einer Aufgabe der Absicht einer Ratifizierung des Liquidationsabkommens hört man nichts.
7. Beschränkungen der Freiheiten und Rechte der deutschen Minderheiten in Polen sind nicht angenommen worden.
8. Über eine Liquidierung der polenfeindlichen Verberbungen in den deutschen Organisationen in Polen haben die maßgebenden Quellen nichts berichtet.
9. Sie haben auch nichts berichtet über die Entziehung des Besitzes der ausländischen deutschfeindlichen Preise, die eine Revision der Grenzen der polnischen Republik propagiert.

Der „Kurjer Poyanaski“ kann zwar nicht leugnen, daß der sogenannte partielle Block (von den Polen BB genannt) auch ein deutschfeindliches Programm hat, meint aber, da die „Pilsudski-Parteien“ nur täten, was ihnen von oben her befohlen werde, so sei ihr deutschfeindliches Programm nichts weiter als „eine Sektion“.

„Bei der deutschfeindlichen Fahne stehen diejenigen, die bei ihr fests gehalten haben, das nationale Lager (d. h. die „National-

demokratie. Unter ganzem Leben wird durch den Kampf gegen das Deutschtum ausgeführt, so war vor dem Kriege, so war es während des Krieges, und so ist es jetzt. Mit der deutschfeindlichen Jahre gehen wir auch zu den Wahlen."

Mit diesem offenkundigen Bekenntnis hat der „Kurier Poniowski" allerdings meilenweit einen Teil des Zweckes der Deutscherhete des „Potentums" angedeutet. Der „Kurier Poniowski" feste nun noch einen erheblichen Keil darauf, indem er behauptet:

Wie wollen die Deutsche Gefahr brechen. Das kann man nur mit Hilfe der Politik, nicht mit Hilfe des Sanierungslagers (Pilsbuck). Die Politik des letzteren ist der Weg zur Stärkung des deutschen Elements und zur Vergrößerung der deutschen Gefahr.

Neben der Wahlparole: „Das Sanierungslager brisken", womit natürlich Pilsbuck gemeint ist, gibt das Blatt ganz offen, und zwar an erster Stelle die Wahlparole aus: **„Die Deutschen bekämpfen!"**

Diese Mittellose betreibt polnischer Ausstellungen gegen das Deutschtum könnten mit geradezu ins Endlose fortgehen, aber die mitgeteilten Beispiele zeigen ja, wie es gemacht wird. Man schwindelt dem polnischen Volke direkt vor, daß die Deutschen den Krieg gegen Polen wollen — wie eine der obigen Ausstellungen beweist — und man predigt die Kampf gegen das „Deutschtum" in d. h. dessen Vernichtung in Polen und dessen Zurückdrängung im Osten Deutschlands als die Hauptaufgabe des „Potentums". Doch dabei nichts anderes herauskommen kann als ein maßloser Nationalitätenhaß auf polnischer Seite und eine Gefährdung des Eigentums und des Lebens der Deutschen drüben sowie eine staatsfeindliche Einstellung der polnischen Minderheit in Deutschland, liegt auf der Hand. Die Beispiele haben mit in der vorigen Nummer mit allem Nachdruck ein amtliches Erscheinen verlangt. „Das ist insinuiert ohne Erfolg, was aus der unten mitgeteilten amtlichen Bekanntgabe ersichtlich ist. Wir begreifen es, daß das Auswärtige Amt dem deutschen Gesandten in Warschau die Weisung gegeben hat, den entschiedensten Protest gegen das staatsfeindliche Erbein einzuholen, und wir hoffen, daß der damit eingeschlagene Weg weiter verfolgt wird, damit dem den Kriegen Europas bedrohenden deutschfeindlichen Erbein in Polen endlich ein Ende gesetzt wird. Wir hoffen, daß man auch bei der nächsten Hefte der in Deutschland erscheinenden polnischen Blätter endlich mit allem Nachdruck entgegentritt.

Amtlich unterfertigter Werbefeldzug gegen Deutschland.

Vom 16. November bis 16. Dezember wird im ganzen Lande ein Inaugural-„Amalgam" der Reichsministerien unterhalten. Die „Herausforderung" des Reichsministers Czerwinski veranlaßt. Die Durchführung dieses Unternehmens übernimmt ein zu diesem Zweck gebildeter patriotischer Ausschuss, dem die höchsten Persönlichkeiten des Pilsbucki-Lagers angehören und zwar u. a. Landwirtschaftsminister Janta-Polcynski, Handelsminister Kmitowski, Innenminister General Sikorski, Jagd-, Reformminister Gembinski und Kultusminister Czerwinski. Der Präsident der obersten Staatsanwaltschaft, der Wojewode

in Dommerette Samet, General, Wlodek, Schulleiter, Pressevertreter sowie Leiter verschiedener politischer, kultureller und militärischer Verbände. Der Staatspräsident und Marschall Pilsbucki haben das Protektorat übernommen.

Antideutsche Woche in Oberschlesien.

Aus allen Teilen Oberschlesiens werden während der antideutschen Woche überflutet aus riesigen deutschen Züge, gemachte Zu recht über Ausbreitungen kam es. In Nikolski. Nachdem schon einige Tage zuvor bei deutschen Stadtverordneten Scheiben eingeschlagen worden waren, drangen am 25. Oktober in das „Hotel Polski", wo die Generalabstimmung der Gewerkschaft der Angestellten tagte, annähernd 25 uniformierte Aufständische ein. Die Deutschen wurden aus dem Saal hinausgejagt. Selbst Frauen und kleine Mädchen wurden mißhandelt. Einzelnen Knebeln wurden die Mägen mit Gewalt geräumt. Auch die zurückgebliebenen Hilfe und Mäntel sind verschwunden. Die Aufständischen haben ihren „Sieg" mit einer Kneipei in dem demokratischen Saale gefeiert. Ein Polizeikommissar und drei Mann, die sich zur Zeit des Überfalls in einem Nebenraum des Versammlungsraumes befanden, hatten von der Schlägerei „nichts gehört".

Am gleichen Tage wurde der deutsche Botschafts-Gaika in Nikolski auf der Straße von einer polnischen Bande überfallen und derart verprügelt, daß er bewußtlos liegenblieb. Auch seine Frau wurde niedergebrosen.

Der Höhepunkt erreichte die antideutsche Woche am Sonntag, wo die Aufständischen unter militärischer Führung Manöver abhielten. Viele Manöver der deutschen Bevölkerung Ost-Oberschlesiens, die sich bisher der Regierung und Demonstrationen gegen das Deutschtum und deutsche Vertreibungen in Polen verweigerten, denen der erwähnte Artikel mit seinen persönlich zugelassenen Verdächtigungen der Deutschen Gefandtschaft die Krone aufgesetzt hat. Der Gesandte hat bei seinen Vorstellungen besonders Nachdruck darauf gelegt, daß eine einzelne der unmaßigen Behauptungen des Artikels nicht wahrhaftig geworden sind, daß die den Enthaltungen zugrunde liegenden, einflussreichen Vorgänge dem Blatt durch die Indiskretionen amtlicher Stellen bekanntgeworden sind.

Scharfer amtlicher deutscher Protest in Warschau.

Verleumdungen eines Krakauer Blattes, des „Kurier Codzienny", haben dem Auswärtigen Amt Veranlassung gegeben, den deutschen Gesandten in Warschau zu beauftragen, daß die polnische Regierung nachdrücklich gegen die durch jenseitige Angriffe und Demonstrationen gegen das Deutschtum und deutsche Vertreibungen in Polen vertriebenen, denen der erwähnte Artikel mit seinen persönlich zugelassenen Verdächtigungen der Deutschen Gefandtschaft die Krone aufgesetzt hat. Der Gesandte hat bei seinen Vorstellungen besonders Nachdruck darauf gelegt, daß eine einzelne der unmaßigen Behauptungen des Artikels nicht wahrhaftig geworden sind, daß die den Enthaltungen zugrunde liegenden, einflussreichen Vorgänge dem Blatt durch die Indiskretionen amtlicher Stellen bekanntgeworden sind.

Die Not des Ostens und die Offshilfe.

Erweiterung der Offshilfegeetze.

Das Reichskabinett hat sich am Montag mit wichtigen neuen Vor schlägen für im Rahmen des Offshilfegesetzes zu treffende Maßnahmen beschäftigt. Auf Grund der gestrigen Beschlüsse sollen in den zukünftigen Ministerien Ausarbeitungen erfolgen, über die erst in der nächsten Woche verhandelt werden soll. Dabei ist auch ermunten worden, ob die Antragsfrist für den Vollkreiskampfschub, die am 31. Oktober 1930 abläuft, verlängert werden soll. Die Minister darüber sind geteilt. Es sollte bis jetzt nur etwa 500 Anträge vorliegen. Wenn das richtig ist, dann wird nichts anderes übrig bleiben, als eine neue Frist zu setzen. Die Offshilfe ist biokritisch und umständlich gestaltet, daß die Vorteile dadurch offenbar kappen werden und vor allem das schnelle Eingreifen vermissen, von dem in vielen Fällen die Beantwortung der Existenz abhängt.

Reichsminister bereitet den Osten!

Der Reichskommissar für die Offshilfe ist zunächst nach Vorpommern gefahren und wird wahrscheinlich auch andere Offshilfegebiete besuchen, um sich selbst von den Verhältnissen ein klares Bild zu machen und notwendigen Reformen vorzulegen. Der Zusammenarbeit zwischen den Betreibern der Reichsrenten und der privaten Verwaltung in der Durchführung der Maßnahmen ist offenbar immer noch ein strittiges Problem.

Zinsermäßigung für Ostpreußen.

Seit längerer Zeit streben auf Betreiben der Reichsbank Verhandlungen mit den Kreditinstituten, die darauf abzielen, für die Offshilfe Zinsermäßigungen zu schaffen. Diese Verhandlungen sind jetzt zum Abschluß gekommen. Durch das Abkommen, das noch von den Verbänden der Sparkassen, Genossenschaften und der Banken unterzeichnet werden muß, sollen diese verpflichtet werden, gewisse Zinssätze nicht zu überschreiten. Das Abkommen muß bis zum 1. Dezember unterzeichnet sein, und soll dann sofort in Kraft treten. Man kann nach dem Ergeben der Verhandlungen erwarten, daß die Zustimmung der beteiligten Verbände gegeben wird.

Das Abkommen soll in erster Linie dazu dienen, Auswüchse hinsichtlich der Zinssätze und Zinsbedingungen zu be seitigen und zu verhindern.

Arbeitsbeschaffungsprogramm der preussischen Regierung.

Reine polnischen Wanderarbeiter mehr. 90 Millionen für Meliorationen im Osten.

Im Rahmen ihres kürzlich veröffentlichten Arbeitsbeschaffungsprogramms, das eine Senkung der Arbeitszeit und vorübergehende Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr vorsieht, schlägt die preussische Regierung der Reichsregierung vor, im nächsten Jahr keinerlei ausländische Wanderarbeiter für die deutsche Landwirtschaft zuzulassen. Dadurch könnte etwa 110.000 deutschen Arbeitslosen Arbeit verschafft und der untragbare Zustand am Ende bereinigt werden, daß bei einer deutschen Arbeitslosigkeit von fast drei Millionen Menschen über 100.000 Arbeitsplätze mieder von „Ausländern eingenommen werden.

Gleichzeitig ist ein umfangreiches Meliorationsprogramm des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Sliger, an der Reichsregierung weitergelegt. Darin schlägt Dr. Sliger vor, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reiches mit größtem Nachdruck für die Veranschaulichung der landwirtschaftlichen Meliorationen einzutreten. An Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials weist er auf die der Landwirtschaftlichen Kultur noch nicht erschlossenen 3,3 Millionen Hektar Hoch- und Niedrigwasserzone hin, deren Erschließung den jährlichen landwirtschaftlichen Ertrag Deutschlands um gewaltige Werte erhöhen würde. Im Jahre 1928, der gesamten landwirtschaftlichen Fläche ausmachenden Grünlandwirtschaft, seien zwei Millionen Hektar ungenügend ertragsfähig. Der Landwirtschaftsminister folgert hieraus die Notwendigkeit großer neuer Meliorationen und stellt ein auf drei Jahre berechnetes Meliorationsprogramm auf, das für die Ostprovinzen etwa 90 Millionen Mark für die übrigen Landesteile etwa 310 Mill. Mk. erfordern würde. Die Bedeutung der Meliorationen wird er hervorgehoben, die diesem Programm bei der Be-

Bestellt schleunigst den Ostdeutschen Heimatkalendar für 1931!

kämpfung der Arbeitslosigkeit komme. Da nämlich bei Reparationen durchschnittlich 70 v. H. der aufzunehmenden Mittel auf Löhne entfallen, so würden etwa 94,5 Millionen Mark jährlich für Entlohnung Verwendung finden und 78.000 Arbeiter auf diese Weise eine Beschäftigung sichern.

Dauerort in Ostpreußen.

Im Königsberger Bauernprotest, der seit Tagen die Öffentlichkeit Ostpreußens in Erregung hielt, wurde der Präsident der Landwirtschaftskammer Dr. Brandes als Sachverständiger vernommen. Er erklärte u. a.: Die Rot der Landwirtschaft ist so groß, daß Explosionen zu erwarten gewesen seien. Die Rot sei am schlimmsten in den Kreisen Wehlau, Pilsken, Osterburg, Oletzko. In diesen Kreisen 1930 seien in Preußen 137 Grundbesitzer über 100 Hektar veräußert worden mit insgesamt 11.500 Hektar, dagegen in ganz Preußen 448 Grundbesitzer mit 34.000 Hektar. Auf Ostpreußen entfallen also 30 bis 33 v. H. sämtlicher Zwangsversteigerungen. Ostpreußen hat aber nur 14,8 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche ganz Preußens. Das prozentualigste Amt in Königsberg hat festgestellt, daß in Ostpreußen im Jahr 1930 von Januar bis August 428 Versteigerungen mit 25.000 Hektar, also etwa in der Größe der Romantener Heide durchgeführt worden sind. In den ersten acht Monaten des Jahres verteilten sich diese Zwangsversteigerungen auf die einzelnen Betriebsgrößen: Grundstücke bis 2 Hektar 19 v. H., 2 bis 5 Hektar 19 v. H., 5 bis 20 Hektar 20 v. H., 20 bis 50 Hektar 24 v. H., 50 bis 100 Hektar 11 v. H., 100 bis 200 Hektar 11 v. H., 200 bis 500 Hektar 7 v. H.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob denn Verzweiflungsausschüß der Bauern auf Grund der Notlage erfolgen müßten, antwortet der Sachverständige: „Ich habe schon vor Jahr und Tag gesagt, wenn diese Politik fortgesetzt wird, dann gibt es die allergeringsten Erschütterungen. Es gibt keine Stelle, wo ich meine Gedanken nicht erhoben hätte. Die Reichs- und Staatshilfe kam in vielen Fällen unverschoßt zu spät. Woher Schonverbrauch hätte vermieden werden können, wenn die Behörden schon früher an eine Zwangsangelei Ostpreußens geglaubt hätten.“ Die Notlage der Landwirte Ostpreußens war so groß, daß ich selbst folgende Beispiele von Selbstmord an der Spitze von 100 v. H. nicht hätte verweigern dürfen, daß dies, wenn es so blüht, nicht der letzte Bauernprotest sein wird.“

Reichsanwalt Duesterberg hat Präsident Brandes, einige Zahlen von der Rentabilität ostpreussischer Grundstücke angegeben. Präsident Brandes erklärte, die Rentabilität stelle sich wie folgt: Im Jahre 1924/25 betrug der Gesamtertrag 66 v. H. je Hektar, im nächsten Jahre

waren es 44 v. H., 1927/28 42 v. H., 1928/29 35 v. H. für das Jahr 1930 steht die Zahl noch nicht fest. Die Hypothekenzinsen betrugen 1924/25 25 v. H. in den weiteren Jahren 34, 38, 47 und 48 v. H. Wenn man die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Preußen von 1913 mit 100 zugrunde legt, ergibt sich ein Gesamteinbuß für landwirtschaftliche Erzeugnisse von 111 v. H. für die Bedarfsartikel der Landwirtschaft beträgt dieser Gesamteinbuß 137 v. H. Daraus entsteht die Unrentabilität der Betriebe. 75 v. H. aller Betriebe arbeiten mit Unterbilanz.

Die Statistik über die Bankenerfüllung habe am 15. Oktober 1925 415 Mill. v. H. ohne Realchancen, am 15. Oktober 1929 698 Mill. v. H. ausgewiesen. Das Vandesfinanzamt berechne die Gesamterfüllung am 1. Januar 1927 mit 702, am 1. Januar 1928 mit 884 und am 1. Januar 1929 mit 1000 Mill. v. H.

Zugemeinschaft der Orte an der Grenze.

Gemeinsame Rot von Handel und Gewerbe in Grenzgebieten hat auf Veranlassung der Kaufmännischen, Handwerker- und Gewerbevereine der unmittelbaren Grenzorte in der mittleren Grenzmark Posen-Westpreußen veranlaßt. Zu einer ersten Besprechung fanden sich Vertreter von Eisenhütten, Viehhäusern, Bäckern, Unruhfabrik und Schmelzen zusammen. Die Besprechung behandelte die besonders dringende Aufgabe des Handels und Gewerbes in allen nicht an der Grenze gelegenen Orten befinden. Es wurde ein Zusammengucken zur Erreichung gemeinsamer Forderungen beschlossen, unter denen u. a. Verbilligung der Zinsätze, Steuer- und Frachtermäßigung, Öffnung der Grenzen für den kleinen Grenzverkehr an erster Stelle stehen.

Die Rot der Städte.

Infolge der schlechten Wirtschaftslage und der dadurch bedingten Mindereinnahmen an Steuern, Gebühren usw. ist im Finanzhaushalt der Stadt Stettin seit a. d. O. ein beträchtlicher Schleichbetrag von 500.000 v. H. entstanden. Zur Deckung dieses Bedarfs beschloß der Magistrat, die Getränkesteuer und die Bürgersteuer einzuführen; außerdem wird eine Erhöhung der Biersteuer und der Realsteuern nicht zu vermeiden sein.

Infolge der ungünstigen Grenzlage befinden sich die Kreistädte an der deutsch-polnischen Grenze in außerordentlichem Notlage. Der letzten Stadtratsbesprechung der Städte an der polnischen Grenze der stellvertretende Bürgermeister Mitteilungen über die Finanzlage der Stadt, wonach trotz Streichung von 38.000 v. H. aus dem Haushalt für das laufende Haushaltsjahr mit rund 40.000 v. H. Selbsttrag zu rechnen ist. Die Zahl der Wohlbefindensverlusten in der kleinen Kreistadt wird allein auf über 100 in diesem Winter geschätzt.

Der Revisionsgedanke setzt sich durch.

Durch die Vertagung des Reichstages bis zum Dezember hat sich die Reichsregierung für einige Zeit von der parlamentarischen Kritik der Oppositionsparteien gelöst. Der Vorstoß der radikalen Parteien gegen den Außenminister Dr. Curtius, dem sich auch einzelne dem Kabinett nahestehende Parteien angeschlossen hatten, hat jedoch eine Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten am 29. Oktober erwungen. Die Sitzung handelte unter dem Zeichen der Revision. Es lagen fünf Punkte vor, die sich mit dem Young-Plan und dem Versailles Diktate befaßten. Erstens ein Antrag der Kommunisten, die Reparationszahlungen auf Grund des Young-Plans einzustellen, zweitens ein Antrag der Landvolkpartei, die Schutz- und Revisionsmöglichkeiten des Young-Plans auszuweiten, drittens ein Antrag der Christlich-Sozialen auf Revidierung der Einleitung von Verhandlungen über eine Revision des Young-Plans, viertens ein Antrag der Nationalsozialisten, dem Versailles Vertrag und die Eritritverträge aufzuheben, und fünftens ein Antrag der Wirtschaftspartei, baldmöglichst den Zahlungsausfall für die Reparationsverpflichtungen zu erklären.

Daß der Wille zur Revision, trotz der Ablehnung dieser Anträge im Ausschuß, im deutschen Volke tatsächlich vorhanden ist, ja noch mehr, daß man ihn bereits als den vorherrschenden Faktor im politischen Leben der Nation anerkennen kann, hat Prof. Hülsmann in einem Artikel in der „Neuen Zürcher Zeitung“ in vorbildlicher Weise gezeigt: Die Epoche der gebührenden Erfüllung- und Befreiungspolitik im Sinne Stresemanns ist abgeschlossen und jene des außenpolitischen Gesamtrevisionismus beginnt.

„Zum ersten Male seit dem französischen Rheinbrand erlebt Deutschland so etwas wie eine öffentliche Meinung, die über alle Parteischränke hinwegragt. Der Vorstoß hat wirklich außerordentlich und er ist außerordentlich wirksam. Man sieht seine innen- und außenpolitische Seite am besten in dem verbindlichen Begriff des Revisionismus zusammen.“ Das Jahr 1931 wird die Welt einer so wie einmündigen revisionistischen Grundhaltung der öffentlichen Meinung in Deutschland — einer ganz elementaren Volksbewegung auf Revision hin gegenübersehen.“

Der Ausfall der Wahlen vom 14. September ist auf den Fortgang der Revisionssprache nicht ohne Wirkung geblieben. Im Ausland hat sich fast naturgemäß Gedanken darüber gemacht, wie sich die neugeschaffene innenpolitische Lage gegebenenfalls auf die Außenpolitik des Reiches auswirken kann. Als ein Ergebnis, das einen Fortschritt zugunsten der deutschen Sache bedeutet, können wir feststellen: Im Ausland hat sich die Überzeugung gefestigt, daß Deutschland entschlossen ist, die schwebenden Bindungen des Versailles Vertrags zu durchbrechen und nachfolgenden Eritritbündnisse nicht auf die Dauer zu tragen, daß es vielmehr jede Gelegenheit ergreifen wird, diese anerkennenden Ketten zu sprengen, daß also als eine Folge der deutschen Unzufriedenheit in nachstehendem Maße die Gefahr ernstlicher Konflikte besteht. Das Ausland, das mit dem wieder erwachten Widerstandsmilieu des deutschen Volkes zu rechnen beginnt, hat sich auch auf die Notwendigkeit gemisser Zugeständnisse vor.

Italien hat sich wiederholt zum Revisionsgedanken bekannt; das hat es sicherlich nicht aus besonderer Liebe zu Deutschland getan, sondern deshalb, weil es sich selbst durch die Friedensdiktate in seinen Lebensrechten und Expansionsabsichten beeinträchtigt fühlt, weil es in einem durch vielfache Momente bedingten Gegensatz zu Frankreich, seinen ehemaligen und herkömmlichen Verbündeten, steht. Italien ist jetzt der einzige Siegerstaat, dessen Regierung offen die Revision der Friedensdiktate verlangt. Erst dieser Tage, am 28. Oktober, dem 9. Jahrestage des Marches auf Rom, hat Mussolini selbst vor den Führern des Faschismus eine Rede gehalten, in der er die Entfaltung Italiens zur Revision erneut eindringlich gefordert hat. Auf die gegen Italien gerichteten militärischen Vorberückungen Frankreichs binnein, hat er erklärt, Italien werde nie die Initiative zum Krieg ergreifen. „Selbst unsere Politik der Revision der Verträge ist darauf gerichtet, den Krieg zu vermeiden.“ Die Revision der Friedensverträge dient dem Interesse Europas, dem Interesse der Welt. Das ist nicht falsch, aber auch unaufrichtig, da diese Friedensdiktate auch im Völkereinstandspunkt ungerecht ist. Nur Innozenz ist die Behauptung von der angeblichen Unabänderlichkeit der Verträge ist falsch. Wer verleiht die Satzungen des Völkereinstandes? Diejenigen, die in zwei Kategorien von Staaten geschaffen haben: die benachteiligten und die wohlgestellten.

In Amerika hat Dr. Schacht den Boden für eine Neuaufrufung der Tributfrage joniert. Die Reaktion des Young-Planes ist der Teil des Gesamtinteraktionsproblems, der zurzeit im Vordergrund des Weltinteresses und namentlich des amerikanischen Interesses steht. Dr. Schacht hat durch verschiedene aufsehenerregende Reden, die er vor amerikanischen Wirtschaftsführern und Politikern gehalten hat, den inoffiziellen Wagnisakt getan. In seiner Rede vom 9. Oktober hat Dr. Schacht vor führenden New Yorker Bankleuten erklärt, daß Deutschland aus eigener Kraft die Jahresraten des Young-Plans nicht werde zahlen können; es müßte sonst auf Kosten der übrigen Länder seinen Außenstand auf die Hälfte heben. Er glaube nicht, daß die übrigen Völker gewillt seien, Deutschland die Zahlung der Tribute dadurch zu ermöglichen, daß sie zu solcher Steigerung des deutschen Warenpreises sich dazu in Relation bringen. Es könne deshalb nur eine Frage der Zeit sein, wann das Reparationsproblem erneut zur internationalen Diskussion liege. Derselben Gedanken hat Dr. Schacht auch bei anderen Gelegenheiten seines Aufenthaltes in Amerika wiederholt vor maßgebenden Kreisen zum Ausdruck gebracht. Der einzige Kragen, den er in einem neuen Vortrag in Chicago aufwarf, lautete, daß die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten direkt auf die Wirtschaftskrise in Deutschland zurückzuführen sei. Die deutsche Wirtschaftskrise habe aber ihre Ursache in der bereinigten Reparationsregelung. Deutschland liege bis an die Grenzen des möglichen besteuert. Eine weitere Verbesserung, um die Reparationen bezahlen zu können, müßte Deutschlands Wirtschaft aus schwerer Gefahr bringen. Da das unmöglich sei, bleibe als einzige Möglichkeit nur die Abschaffung der Tribute; nur die Befestigung des Young-Planes sei geeignet, die Heilung der Weltwirtschaft herbeizuführen.

England hält sich zurück. Sein Weltreich bereitet ihm Sorgen. Die Intrigen in Indien, Ägypten und China, der Streit um die Mandatsverwaltungen in Ostafrika und Palästina, die Schwierigkeiten, die die Dominions dem Mutterland bereiten, alle die Folgen einer prekären Doppelstellung als europäischer Staat und Mittelstelle eines weltumspannenden Reiches, ziehen die Aufmerksamkeit Englands von den Auseinandersetzungen auf dem europäischen Kontinent ab und haben zur Folge, daß London in der Reparationsfrage eine mehr als vorläufige Zurückhaltung beobachtet. Ja, es ist damit zu rechnen, daß England sich mehr und mehr aus der Kontinentalpolitik Europas herausziehen versucht. In der „Daily Mail“, einer konservativen Londoner Zeitung, hat Professor Maurice Gerathwohl ausführlich die unauflöslich fortschreitende Bewegung für eine Revision der internationalen Verträge behandelt. Europa, so sagt er, liege gegenwärtig in einer größeren Gefahr als selbst bei dem Abbruchfall vor acht Jahren. Die Zeit sei gekommen, daß England antilich erklären müsse, es werde sich mit keinem Tropfen Blut und keinem Pfennig in die Klärung der europäischen Krise mischen. Das müßte England dazu zwingen, England auf der einen Seite kategorisch eine Garantie der gegenwärtigen europäischen Grenzen abzulehnen, auf der anderen Seite aber auch einer Revision des Versailler Systems seine aktive Unterstützung verweigern.

Die Stellung Polens zur Frage der Grenzänderung liegt eindeutig fest. Die Straßburger Linie, mit denen es die internationale Ausprober zu überdenken versucht, haben in Ausland nicht das erhoffte, beifällige Echo gefunden. Der Glaube an Frankreich ist das Wandermittel, mit dem man in Polen das Gespinnst der Revision von den Grenzen zerstreut.

Im der Tat ist die Einstellung Frankreichs entscheidend für das Schicksal der deutsch-polnischen Grenze. Wenn Paris eines Tages seinem östlichen Bundesgenossen erklärt, daß es kein Interesse mehr an der Beibehaltung der Versailler Grenzlinien habe, dann hat der Revisionenboden gewonnen und können feststellen, daß der mehr als ein Jahrzehnt so sorgsam und unerlässlich besetzte Woll, der dazu bestimmt ist, den Versailler Zwingturm vor Erschütterungen zu schützen, die ersten Sprünge und Brechen aufweist. Das hat die unentwegten Chocowinolen zu scharfen Angriffen gegen Briand, als den langjährigen Leiter der französischen Außenpolitik, verursacht. Dessen nachlässiger Zündenschnur hat die Schuld daran zuzuschreiben, daß Deutschland es haben mag darf, auf die Grundlagen des Versailler Dictates zu rühren. Es gibt aber eine rechtspolitische Gruppe in Frankreich, die die außenpolitische Stellung ihres Landes mit anderen, und, wie es scheint, weniger kurzzeitigen Augen betrachtet. Ihr Sprecher ist Gustave Herold, der sich in der „Victoire“ seit einigen Wochen eingehend mit den Revisionenfragen befaßt. Herold hat ebenfalls gegen Briand gemauert, aber er sagt, daß die Briand'sche Methode einer „Befriedung“ Europas in ihrer Vagheit und Zurückhaltung unwirksam sei und Deutschland zur Verwirrung treibe, anstatt es zufrieden zu stellen. Es sei an der Zeit, zu einem mutigen und revolutionären Revisionsverfahren zu greifen. Man müsse Deutschland in einem „Befriedung“ gehen lassen, was Frankreich ohne eigene Gefahr zugelassen könne.

Herold hat sich, um eine deutsch-französische Ausprober herbeizuführen, durch Vermittlung des rheinischen Industriellen Arnold Rehbarg telegraphisch an Hitler, Hugenberg und Seiditz, die Führer der größten nationalen Organisationen in Deutschland, mit der Bitte gewandt, sich zu den Bedingungen zu äußern, die er kürzlich in der „Victoire“ als Grundlagen für eine Verständigung mit Deutschland aufgeführt hat. Streichung der

Reparationsklauseln, Aufhebung Österreichs, Rückgabe des Saargebietes, Rückgabe Logos und Kameruns, Rückgabe des Korridors, Militärbündnis zwischen Deutschland und Frankreich.

Hitler hat in seiner Antwort die Gegenfrage gestellt, warum ein deutsch-französisches Militärbündnis, das offensichtlich die Krönung der Versailler Vorhänge bedeute, abgeschlossen werden solle und gegen wen es sich richte. Der Stahlhelm hat die Ausrufungen Herolds durch den Hinweis auf die Kriegsschuldfrage, die jüdischer, jüdenverfeindlicher und antisemitischer Natur sei, beantwortet. Der Stahlhelm schließlich hat eine eigentliche Antwort auf die französische Anfrage noch nicht gegeben, aber auf dem Stettiner Vandesparteitag der Deutschnationalen eine ziemlich eindeutige Abgabe erteilt. Das Telegramm Arnold Rehbarg's wendet sich, wie Hitler sagt, an die falsche Adresse, denn es ist solange unentschieden, welche Haltung Deutschlands dem von privater Seite unternommenen Versuch zur Befestigung der Versailleren Deutschlands zu Frankfurt herbeizuführen. Sine die nicht die französische Regierung selbst und vor allen die anderen Nationen, an der Spitze Amerika, zu diesen Auslassungen das Wort ergreifen. Auch Seiditz weist darauf hin, daß das maßgebende Frankreich, u. a. auch der Bund der französischen Strömungskämpfer, dem Herold sich nahelegt, seinen Vorhänge ablehnt.

Der Oberbefehlshaber des „Victoire“ ist nicht Frankreich. Es ein einflußreiche Zeitschrift, die „Revue des deux Mondes“ wendet sich an ihn mit der folgenden Frage: „Ist es nicht die Pflicht der Völker, die Vertrauen haben zu einem Volk, das die Fällung der eigenen Verfassung zuliehe, die Neutralität Belgiens verleihe, während des Krieges alle Verletzungen des Rechts amnichte, das bis jetzt die Verantwortlichkeit für die große Schlächtere von 1914 bis 1918 ablegt?“ Eine adelmütige Frage sei vielleicht vernünftig gegenüber einer erdhabenen Nation, nicht aber gegenüber Deutschland. In Deutschland sei es Mittel, Deutschland im Zaume zu halten: Frankreich müsse stark sein und müsse Deutschland seine Stärke zeigen. — Herold selbst leugnet nicht, daß er mit seinen Vorhänge im Gegensatz zu seinen politisch maßgebenden Landsleuten steht. Er schreibt in seiner Rückantwort an Hitler: „Nach dem Wiederfall der Rationalisationsliste ist die französische Regierung weit davon entfernt, zu meinen Anregungen Stellung zu nehmen. Sie ist nicht imstande, ein Mittel, Deutschland zu befeigen, das Kriegsmaterial zu veröffentlichen und die französische Armee zu vergrößern.“

Andererseits zeigen ab doch auch die „Berge von Glückwunschkommunikationen und Zustimmungserklärungen“, die Herold, wie er in der „Victoire“ mitteilt, aus allen Kreisen des In- und Auslandes zufließen, daß sein Versuch Widerhall findet. Auch das Cardine selbst nach dem Wiederabtritt des Parlaments 4. November eine in den Zeitungen und in der Presse veröffentlichte Erklärung, die darauf hin, daß er in eine Sanktionsliste getratene Politik Briand's wieder auf befohrbare Weise zu schieben gedenkt. Die „Republique“, das Organ der Jungrepublikaner, stellt das völlige Versagen der französischen Politik gegenüber Deutschland und ihre Mißerantwortung an den neuen Völkern des Friedens ins Spiel, wie das Blatt selbst ausdrücklich erklärt. Der Editor hat nur ein Mittel, der Revisionsnegotiation in den durch die Friedensdikte unterdrückten Ländern den Wind aus den Segeln zu nehmen: sich selbst an die Spitze der Bewegung für die Abrechnung und eine gerechte, den elementarsten Forderungen der Billigkeit und der politischen Verantwortung tragenden Revision der unheilvollen gemordeten Friedensverträge zu stellen. Herold hat sich, ermutigt durch solche und ähnliche Stimmen, mit der erneuten Frage an die deutschen Politiker gewandt, ob sie bereit sind, auf Grund seines Programms, das das Aufheben enthält, was Frankreich ohne eigenen Schaden anbieten könne, eine gemeinsame Aktion zur Förderung des Revisionsgedankens ins Werk zu setzen.

Daß die Revisionsdebatte von privaten Politikern auf diese Art fortgeführt wird, ist nicht zu verwundern. Sine am Chay d'Orsay wie in der Wilhelmstraße hat man bisher überhaupt nichts oder nichts Bestimmtes über die beiderseitigen Auffassungen in der Revisionsfrage gesagt. Dieses ausschließliche Schweigen fordert geradezu eine internationale Diskussion privaten Charakters heraus. Man kann sich des Eindrucks nicht ermahnen, daß die Verständigungspolitik, wie sie bisher unter Briand'scher Leitung geführt worden ist, auf dem letzten Punkt angelangt ist. Die Völker, aber doch westlichen Teile, die ihnen an der Spitze stehen, werden die Versailler Dren greiß. Die amtliche Politik hat, wie es scheint, den Zusammenhang mit dem fortwährenden Felsen verloren. Deshalb ist es ein ganz richtiger Gedanke, wenn private Kreise eine Ausprober von Land zu Land fortführen, in die die hohe Politik noch nicht eingreifen zu können glaubt. Wir begrüßen jede Initiative, die das Ziel einer Befriedung Europas durch die Befestigung der in Versailles aufgestellten Prinzipien verfolgt, welche immer auch sein möge. Wir hoffen aber, daß dabei mit offenen Karten gespielt wird und daß die betreffenden deutschen Stellen, die sie weitere Abreden treffen, sich volle Klarheit darüber verschaffen, welche Einbeile der Partner verfolgt und was er z. B. unter einem „Militärbündnis“ versteht, welche Gebiete er als „Korridor“ ansieht, in welcher Weise er auf Polen jokers Rückgabe der preußischen Ostgebiete einzuwirken gedenkt, u. s. w.

Ost-Archiv und Heimatmuseum

Beilage zum „Ostland“, Wochenschrift des Deutschen Ostbundes E. W.

Jahrgang 1930, 8. Folge

Die Sprachenfrage der Minderheiten in Polen.

Von Arthur Kronthal.

In der Minderheitsdebatte der VI. Kommission des Reichsbundes hatte bei der scharfen Auseinandersetzung zwischen den Ministern Cieszkiewicz und Solski der Vertreter Polens mit der ihm eigenen dialektischen Gemächtheit seine Jugendzeit als Beispiel dafür angeführt, daß in den preußischen Schulen der Ostmark kein Wort „Polnisch“ gesprochen werden durfte. In der „Börsen-Zeitung“ vom 5. Oktober 1930 knüpfte ein Aufsatz von Kurt Joël¹⁾ hieran die Erinnerung, daß es, abgesehen von dem einzigen polnischen „Gymnasium“ in Cresselin, in den Provinzen Polen und Westpreußen auch einzelne Real- und Gymnasien gab, in denen polnischer Unterricht, allerdings nur „fakultativ“, erteilt wurde. Diese Angaben bedürfen im Interesse des Auslandsdeutschtums in

„Defensiden“
„Punkten“ einer
ergänzenden Be-
richtigung, da
Preußen der
polnischen Be-
völkerung in der
Sprachenfrage
früher tatsächlich
sehr viel wei-
tergehende
Minderheits-
rechte eingeräumt
hatte.

Wenn man das
Zwischenspiel des
napoleonisch-
französischen Her-
zogtums Warschau
von 1807 bis 1815 außer
Betracht läßt,
war in der Pro-
vinz Polen von den
Teilungen Polens
von 1772 bzw. 1793 an
unter der preußi-
schen Herrschaft
die polnische
Sprache viele

Jahrzehnte hindurch offiziell nicht nur geduldet, sondern sogar der deutschen Sprache völlig gleichberechtigt: Alle behördlichen Verhandlungen wurden in „beiden Landesprachen“ bekannt gemacht, die Verhandlungen in den öffentlichen Körperschaften wurden deutsch und polnisch geführt, die Protokolle zweisprachig niedergeschrieben usw. Einzelne Voranstalten, so besonders das Gymnasium in Cresselin, waren sogar rein polnisch. Deutsch wurde dort als „Ermengsprache“ gelehrt.

Erst das Jahr 1830 brachte die erste Änderung, als nach der Pariser Julirevolution in Warschau der polnische Aufstand ausbrach, dessen drohendes Übergreifen auf die preussischen Provinzen im Staatsinteresse selbstverständlich unbedingt verhindert werden mußte.²⁾ Demals war, mit einer nicht unerheblichen Anzahl polnischer Jünglinge und Männer, die mit Waffen und Geld vom polnischen Adel der Provinz reichlich unterfüttert wurden, die Mehrheit der oberen Gymnasialschüler in Cresselin, zum Teil gemeinsam mit ihren Vätern heimlich über die Grenze entwichen, um dem Aufstand teilzunehmen.

Erst daraufhin hat Preußen die polnische Anstalt in Cresselin geschlossen. Ähnlich — wenn auch stark gemildert — lag es bei verschiedenen anderen höheren Lehranstalten, wie z. B. in Gnesen, während die Stadt Bromberg mit ihrer vorwiegend deutschen Bevölkerung hierbei weniger in Betracht kam.

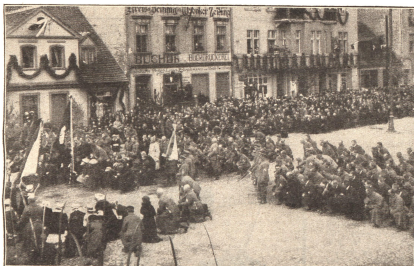
Wie weitgehend Preußen ursprünglich die kulturelle Eigenart jener polnisch sprechenden Bürger achtete, dafür bildet — außer den

regelmäßigen polnischen Aufführungen im Posener, vom preussischen Staat subventionierten Stadttheater — die damals einzige höhere Lehranstalt in der Provinzialhauptstadt den schlagendsten Beweis. Denn in ihr blieb, auch nachdem sie im Jahre 1815 in ein „Königliches Gymnasium“ umgewandelt worden war, die Unterrichtssprache polnisch, während deutscher Unterricht unter Zuhilfenahme von polnischen, deutschen und französischen Werken nur soweit erteilt wurde, als es nötig war, um die Schüler polnischer Junge zum späteren Studium an deutschen Universitäten und zur Übernahme eines Staatsamts zu befähigen. Erst durch das Militärskript vom Februar 1829 wurden die unteren Klassen bis einschließlich

„Parallelen“
für Deutsche und
Polen geteilt. In
den beiden
oberen Klassen
wurde fortgesetzt
das Deutsche mit
dem „Polni-
schen“ je nach
der Verschieden-
heit der Lehr-
gegenstände ab-
gehandelt.

Nachdem dann
bei dem pol-
nischen Aufstand
der Jahre 1830
und 1831 auch
aus diesem
Gymnasium zwei
Lehrer mit einer
größeren Zahl
Schüler heimlich
die Anstalt ver-
lassen hatten, um
in den polnischen
Regimenten für
die Wiederher-
stellung Polens
zu kämpfen,
wurde das Gym-
nasium durch
Beschluss vom
22. September
1831 aufgelöst
und durch zwei

Polnische Aufständische in Samter.



neue höhere Schulen ersetzt: Die eine war das deutsche „evangelische Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, in dem aber der polnische Unterricht bis Mitte der 1850er Jahre „obligatorisch“ erteilt wurde und auch dann noch einen „fakultativen“ polnischen Unterricht wick. In der anderen Anstalt, dem polnisch-katholischen „Marien-Gymnasium“ ordnete dagegen der Ministerialerlass vom 1842 an, daß für die deutschen Schüler auch nicht einmal mehr „Parallelen“ eingerichtet werden durften und das „Polnische“ in den vier unteren Klassen die Hauptunterrichtssprache bilden sollte. Von der Untersekunda ab war nur Deutsch als Hauptunterrichtssprache vorgeschrieben, doch wurden die klassischen Schriftsteller abwechselnd deutsch und polnisch überfetzt, und in der Mathematik, der Physik und dem Französischen durfte zum Vortrag auch die polnische Sprache angewendet werden. Diese Vorschriften blieben in Geltung, bis durch die Kabinettsorder vom „18. April 1846“ das Gymnasium in seiner bisherigen Form aufgelöst wurde, wobei es in der Kabinettsorder hieß, „nicht bloß einzelne Schüler des Gymnasiums, sondern die politischen Umtriebe bestellten haben, sondern auch jetzt noch ein dringender Verdacht vorhanden ist, daß unter den Schülern dieses Gymnasiums hochverräterische Verbindungen und Verbindungen bestanden“.

Erst seit dem Jahre „1874“ mußte in allen Klassen die deutsche Unterrichtssprache angewendet werden. Außerdem hat die Schulen dauerte aber die Doppelsprachigkeit noch viele Jahre weiter, erst wie z. B. auch die amtlichen Straßenschilder noch lange Jahre nachher neben der deutschen Bezeichnung den polnischen Namen der Straße trugen.

Schon dieser kurze geschichtliche Rückblick zeigt, wie einseitig die Polen sich gegenüber den Vorfällen des letzten Jahrhunderts einstellten: das ihnen von Preußen ganz freiwillig, ohne den Wunsch der damals ja noch nicht belagerten vertraglichen Minderheitsab-
ordnungen viele Jahrzehnte hindurch in der Sprachenfrage gewährte wohlwollende Entgegenkommen ist ihrem Gedächtnis restlos

¹⁾ Anm.: Abgedruckt im „Ostland“ Nr. 43, Beilage „Am ostmärkischen Herd“.

²⁾ Zu diesem Zwecke wurden noch im Jahre 1830 die vier östlichen Armeekorps zusammengezogen und in Polen dem Oberbefehl des Generalmarschalls Wróblewski von Grolleau unterstellt, der dann — von dem Großherzog unterm Feldmarschalls Hindenburg, dem Generalarzt Schiwikowitz, ärztlich betreut — in Polen im Jahre 1831 an der Cholera starb.

entstehenden; die letzten (hohen) Ausläufer der preussischen Sprachenverordnungen dagegen, daß Solzki als allein-mahgebend in seiner Erinnerung demnach und in der Unterbrechung mit Curias als Beispiel ausgespielt. Sollte aber nicht schon seit langem allgemein bekannt, daß Preußen zum Aufgeben seines früheren mobilisierenden Standpunktes und zu seinen bemängelten späteren Maßnahmen doch nur durch die fortgesetzten politischen Aufflässe von 1830, 1846, 1848 und 1863 und durch das Verhalten der politischen politischen Führer während des Krieges 1867/71 und darüber hinaus gezwungen worden ist. Dem politischen-nationalen Standpunkt aus betrachtet waren die Aufflässe und alle Behauptungen des öffentlichen und privaten Lebens folgenden engen Zusammenhänge mit ihrem auf die Wiederherstellung eines freien selbständigen politischen Reiches gerichteten Ziel gewiss von idealem patriotischen Geist und Willen getragene Gesinnungen und Handlungen. Die preussische Regierung aber mußte sie und ihre politischen Ausrichtungen im staatlichen Selbsthaltungstriebe als hochverräterisch mit allen Mitteln bekämpfen, zu denen auch die damaligen Anschauungen auf der Sprachenverordnung gehörte. Später — leider viel zu spät — hat

sich (mas 3. B. die Einführung des politischen Sprachunterrichts in den preussischen Handelsschulen usw. zeigte) die Aufhebung, mit Sprachenverordnungen Angriffe abwehren zu können, gewandelt, wie ja die im Jahre 1846 geführte preussische Völkerversammlung nicht nur die Sprachenfrage häufig ein ungewöhnlich großes Maß von Ungeduldlichkeit aufwies.

Im dem eigenen Rahmen dieser Darstellung, der auf Gültigkeit keinen Anspruch erhebt, sondern nur die Gesichtspunkte aus, kann hierauf nicht näher eingegangen werden. Gegenüber der Subjektional-nationalen gefestigten Behandlung Solzki kann aber jedenfalls kein Zweifel darüber herrschen, daß die jetzige deutsche Minderheit in Ostpreußen, der doch außerdem auch noch das vertragliche Recht des Minderheitenrechtes von Seite steht, sehr zufrieden und glücklich wäre, wenn sie in der Sprachenfrage eine ähnlich mobilisierende Behandlung erfuhr, wie sie die preussische Regierung noch so viele Jahrzehnte hindurch nach der Vergrößerung ihres politischen Anteils der damaligen politischen Minderheit in den Provinzen Polen und Westpreußen freiwillig gewährt hatte.

Aus den Arbeiten des Westslawischen Instituts an der Universität Posen.

Von Rektor Weber, Kōlin.

Es ist auf jeden Fall möglich, wenn der Deutsche, besonders der Ostdeutsche, sich von Zeit zu Zeit mit den Arbeiten des Westslawischen Instituts in Posen befaßt. Der Leiter Herr Professor Rudnicki, benutzt jede nur erdenkliche Gelegenheit, um sich auf dem Wege der Publikationen dieses Instituts mit den Fragen des Deutschtums im allgemeinen, insbesondere aber mit der Lage der ostslawischen Grenzländer auseinanderzusetzen. Rudnicki hat diesem ihn zur Grundlage seiner überaus geistigen Ausführungen einige wichtige Schriften aus den letzten Jahren, die sich eingehend mit der geographischen, ethnographischen und kulturellen Lage der ostslawischen Bevölkerung im Laufe unserer Zeitrechnung bzw. der letzten Jahrhunderte, als es sich um ein Sammelwerk von Völkern: „Der ostslawische Volksboden“ (Breslau 1926), dann Freiherr von Rühlmann: „Gehört Ostdeutschland zur Urheimat der Polen?“ (Danzig 1929) und Markow: „Ostdeutschland in der deutschen Geschichte“. In dem obengenannten Sammelwerk wird in mehreren wissenschaftlichen, jedoch in leichtverständlicher Form ausgeführten Aufsätzen das gegenwärtig einwandfrei vorliegende Material zu allen wichtigen ostslawischen Fragen behandelt. Es wird in durchaus sachlicher Form auch Stellung genommen zu den Vorlesungsergebnissen polnischer Forscher, ohne daß auch nur an einer einzigen Stelle in gewöhnlicher oder tendenziöser Absicht das „Polentum“ angegriffen würde. Man könnte natürlich nichts dagegen einwenden, wenn von polnischer Seite an den Arbeiten über die Urheimat der Slawen oder über die Bevölkerungszustände Ostdeutschlands zu Beginn unserer Zeitrechnung in sachlicher Form Kritik geübt würde. Wir würden hier Klärung dieser brennenden Fragen, von welcher Seite auch immer, auf dankbar entgegenkommen. Es ist aber an der Zeit, daß wir uns mit aller Entschiedenheit gegen die von polnischer Seite beliebte, angeblich „wissenschaftliche“ Einstellung vernehmen. Wir dürfen an den Veröffentlichungen des Leiters dieses Instituts nicht mehr mit einem Aufschauen vorübergehen, als ob es uns nichts angehe. Es ist bekannt, daß die Arbeiten dieses Instituts ins Englische und Französische überlegt und namentlich in Amerika weit verbreitet sind. Daraus ergibt sich, daß der im allgemeinen großen Unkenntnis der ostslawischen Grenzverhältnisse ein kaum noch gutzumachender Schaden. Ich will im Vorhinein an einigen Beispielen zeigen, wie Professor Rudnicki gegen alles, was deutsch ist, zu Felde zieht.

Das bereits genannte Sammelwerk von Völkern enthält einen Aufsatz über die Urheimat der Slawen. Das ganze Buch ist nach Rudnicki hark tendenziös und polnisch. Das soll uns daraus ergehen, daß der Verfasser eines Aufsatzes (Max Vasmer) erklärt, die Kaskaden und Masuren, die Oberhiesler und Wenden ließen Glieder des deutschen Volkes. Weil aber den Oberhieslern, Masuren und Kaskaden dieses „Abel der deutschen Wissenschaft“ angeblich nicht mehr gefällt, so vertreibt man sie aus dem Lande, enteignet sie, die schwarze Reichswehr kann sie erbeiden, sie können ins Gefängnis kommen, werden proletariert und schließlich „in einen“ begeben. Auch Vasmer haben die romanischen Franzosen und Belgier es erst erfahren müssen, wie die Deutschen aus einer Reihe von französischen Departements eine große Wüste machten, sogar Obdünne und das Getreide auf dem Helm verbrannt oder abgehauen hätten.

Dies getrieben unerbörten Ausführungen stehen nicht etwa in einem Bericht, sondern in einer wissenschaftlichen Zeitschrift, die den



Dr. Dr. Fricke, Posen.

Die Grenzverhältnisse Ostpreußens.

türlich fehlt in der erwähnten Kritik nicht der Hinweis darauf, daß die Slawen seit dem 7. und 8. Jahrhundert von der Elbe bis zum polnischen Grenzgebiet hin und her zwischen der Elbe und dem Ostsee hin und her wanderten und bis heute in der Elbe und im Ostseegebiet ihre Nationalität behalten haben. Interessant ist Rudnickis Anschauungen von den ethnographischen Verhältnissen in Ostdeutschland. Nach ihm bevölkerten Slawen, auch tschechische Stämme, die Länder zwischen Weichsel und Oder, auch ein wenig nach Osten und Westen von diesen Flüssen. Die tschechische Bevölkerung kann hier bis in die Zeit der sogenannten Völkerwanderung zurückgeführt werden. Rudnicki erlagan nach seiner Meinung der Vermischung mit den Germanen. Rudnicki erliegen andere germanische Stämme, wie die Burgunder und Goten. Alle diese Ansiedlungen hatten (wie bei Rudnicki nicht anders zu erwarten) räuberischen Charakter. Herr Rudnicki ist allerdings recht vorsichtig, wenn er behauptet, die tschechische Bevölkerung kann u. U. bis in die Zeit der Völkerwanderung zurückgeführt werden. Es ist aber bisher durch nichts bewiesen, daß eine nennenswerte tschechische Bevölkerung an der Weichsel ansässig war, oder daß die Germanen einer Vermischung mit den Slawen erlagen wären. Ebenso unbillig ist die von ihm ausgesprochene Ansicht, daß die tschechische Bevölkerung treibende Bevölkerung später von einer stark organisierten germanischen Bevölkerung, die einen räuberischen-kaufmännischen Charakter gehabt haben soll, unterworfen wurde. Viel man jedoch weiter, so wird die Tendenz des Aufsatzes klar. Es heißt es u. a., daß einige tschechische Stämme der Germanen das ausgenutzt haben und mehrmals den Besitz der Germanen, wie es bei germanischen Räubern und Piraten immer der Fall ist, zu verlassen gezwungen waren. Der Sinn der Darlegungen kann also nur sein, besonders auch dem Ausland gegenüber immer wieder den Raumweis zu führen, daß eine starke uranfällig tschechische

Bevölkerung vom Germanentum unterjocht, verdrängt und geknechtet worden ist. Auch philologische Erörterungen helfen Rudnicki hierbei zu den Vordergrund, indem er nachzuweisen sucht, daß auf Grund seiner sprachlichen Studien ganz „Oligermanen“ an der Weisel und der Oder vollständig in der Luft hängt und daß die Völkervereinigung dieser Gegenden einen fast ausschließlich slawisch-litauischen Charakter hat. Die germanischen Völkern besitzen sich nach seiner Meinung nur auf Raubkriegertribe der Oligermanen, die bald als selbständige Völker und Eroberer, vielmehr auch als angeworbene Krieger hirt gelangen seien.

An einem anderen Aufsatze sieht Herr Rudnicki das Fazit aus seinen bisherigen Erörterungen und kommt auf die Psychologie des deutschen Volkes zu sprechen. Das Völkische Buch ist für ihn ein Dokument aus dem Bereich der Psychologie der Völker überhaupt, besonders aber des deutschen Volkes. Die Psychologie der Völker ist das Produkt ihrer Geschichte. Die Ausalt der deutschen Geschichte ist die Cisle-Elbe-Saale beruht darauf, daß die deutschen Einmünder und Eroberer ihr politisches und soziales Übergewicht dazu gebraucht hätten, die unterworfenen Slawen, Preußen und Litauer zu germanisieren. Die Deutschen haben nach Rudnicki immer nur eine Vermittlerrolle in der höheren Kultur des Westens und Südens gespielt. (Eine eigene Kultur dürfen die Deutschen selbstverständlich nicht haben!) Dieser Prognost der Germanisierung würde nach 10 Jahrhunderten ab bis zum vollständigen Untergang der Slawen in Ostdeutschland, und wir lesen ja kennen, daß er bis zum heutigen Tage noch ausbitt in Ostpreußen, in Oberschlesien, im „deutschen“ Pommern und in der sogenannten Grenzmark Polen-Westpreußen. Nicht unerwähnt läßt Herr Rudnicki die Aufhebung der polnischen Predigten und Trier in den Kirchen, die Verbote des polnischen Gebets im ehemals preussischen Anteil. Ob ihm nicht bekannt ist, was das für den Preussischen Polen noch um 1870, also hundert Jahre nach der Völkervereinigung des Landes, der Pole ein Recht auf seine Mutterprache vor Gericht hatte? Und daß es dahin von einem amtlichen Verbot der polnischen Sprache auch nicht eine Spur zu finden ist? Man stelle sich vor, daß der Pole der deutschen Minderheitsbevölkerung in Posen-Westpreußen 100 Jahre hindurch dieselben Rechte einräumen müßte. Aber die psychologische Art des Deutschen ist ja Rudnicki doch so schwer schmerz, daß er schließlich keine andere Erklärung findet als von einer „schlechten Veranlagung der Deutschen“ zu sprechen, und eben hierin liegt es die größte Gefahr für den Frieden der ganzen Welt und für den Völkereidenden besonders bei denjenigen Völkern, die dem deutschen benachbart sind. Man versteht deshalb Herrn Rudnicki, wenn er die Raubkriegerzeit nennt und ihnen das für ihre Politik Willens herbeizuerufen. Man kann angesichts der Tatsache, daß an unserer offenen Offiziere ein Coblenz unseres Volkes ist, unmöglich schweigend vor irgendeiner Evolution erwecken. Es kann sich deshalb hier nur darum handeln, die Augen offen zu halten und die angegebene Gefahr klar zu erkennen. Ein Raubkrieger, der nach zehn Jahre nach dem Weltkriege mit verärgerten Einstellungen gegen uns arbeitet, ist insofern eine Verhinderung in der Entwicklung der Völkervereinigung in der empfindlichen Weise zu schädigen. Es handelt sich also um eine Arbeit für Volk und Vaterland, wenn mir diesen politischen Verfechtungen mehr als bisher entgegengetreten. Mehr denn je sollten wir heute Sineses Worte beherzigen: „Beliebt sind wir; ob wir nun zugleich auch verachtet und mit Recht verachtet sein wollen, ob wir zu allem anderen Verhalte auch noch die Ehre verlieren wollen, das wird noch immer von uns abhängen. Der Kampf mit den Wölfen ist beschaffen: es erhebt sich, so wir wollen, der neue Kampf der Grundsätze, der Sitten, des Charakters.“

Vaterlandes und wandert sich nicht wenig, daß dem Leiter eines wissenschaftlichen Instituts die Aufgabe so unbekannt sein sollte, daß die kulturelle Lage Pommerns am Ende der politischen Herrschaft die klügliche von ganz Europa war. Und wie viele Ostpreußen werden nicht die „Segnungen“ der neuen politischen Kultur in Posen-Westpreußen, die in den letzten zehn Jahren entstanden ist, mit eigenen Augen gesehen und hoffentlich bewundert haben.

Es ist ja an der Zeit, daß gegenüber solchen tendenziösen Einstellungen von polnischer Seite viel mehr als bisher darauf hingewiesen wird, daß das heutige Aussehen der westpreussischen Städte im Korridor mit ihrem glänzenden Zustand vor 10 Jahren in keiner Weise mehr zu vergleichen ist.

Aber Herr Rudnicki kann sich gar nicht genug tun in geistlichen Anforderungen. So lesen wir weiter: „Es ist eine historische Schande“ der Deutschen, daß sie außerhalb gewesen sind, Länder wie Böhmen, Mähren, Polen, Pommern und Litauen zu bekehren, daß sie dies vielmehr nur bei solchen Völkern vollbracht haben, die sie später vernichteten.“ Herr Rudnicki glaubt ferner nachweisen zu können, daß die Westpreußen der Deutschen für die Ausbreitung des Christentums aus einer gewissen inneren Unmoralität entsprungen wären; denn in Wirklichkeit ist es den Deutschen immer darauf angekommen, sich materielle Vorteile zu verschaffen. Immer hätten die Deutschen kulturelle Vorrechte zum Nachteil ihrer Nachbarn ausgebaut, und letzten Endes ist Deutschland in dieser verhängnisvollen Rolle auch im Kriege 1918-19 janzwede gegangen. Diese Behauptungen mochten polnische Gelehrte angesichts der Tatsache, daß die Ausbreitung des Christentums in Ostdeutschland seit dem 12. Jahrhundert ohne Mithilfe der deutschen Nation ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre. Und wie merkwürdig klingen die Ausführungen über deutsche innere Unmoralität aus dem Munde eines Polen, der doch wissen müßte, daß gerade der polnische Staat des 18. Jahrhunderts an seiner inneren Haltlosigkeit, die letzten Endes in der Unmoralität mündete, zugrunde gegangen ist.

Es wäre dringend erwünscht, daß dem Bericht des Wissenschaftlichen Instituts in Polen von deutscher Seite größere Beachtung geschenkt würde. Seit einem halben Menschenalter ist unser deutsches Volk von Todesgefahren von außen her, wie auch aus dem eigenen Schoße kommend, umlauert und umbroht. Eine Gefahr scheint mir in der Gegenwart die größte zu sein: Der Niedergang der nationalen Stimmung, denn daraus wird schließlich eine Verflachung der nationalen Seele bedeuten, die eine bedauerliche Schwächung des nationalen Willens herbeizuerufen. Man kann angesichts der Tatsache, daß an unserer offenen Offiziere ein Coblenz unseres Volkes ist, unmöglich schweigend vor irgendeiner Evolution erwecken. Es kann sich deshalb hier nur darum handeln, die Augen offen zu halten und die angegebene Gefahr klar zu erkennen. Ein Raubkrieger, der nach zehn Jahre nach dem Weltkriege mit verärgerten Einstellungen gegen uns arbeitet, ist insofern eine Verhinderung in der Entwicklung der Völkervereinigung in der empfindlichen Weise zu schädigen. Es handelt sich also um eine Arbeit für Volk und Vaterland, wenn mir diesen politischen Verfechtungen mehr als bisher entgegengetreten. Mehr denn je sollten wir heute Sineses Worte beherzigen: „Beliebt sind wir; ob wir nun zugleich auch verachtet und mit Recht verachtet sein wollen, ob wir zu allem anderen Verhalte auch noch die Ehre verlieren wollen, das wird noch immer von uns abhängen. Der Kampf mit den Wölfen ist beschaffen: es erhebt sich, so wir wollen, der neue Kampf der Grundsätze, der Sitten, des Charakters.“

Darum vorwärts im Kampfe um unsere Völkesehre!

Zur Erinnerung an die Begründung der Bromberger „Historischen Gesellschaft“ vor 50 Jahren.

Von Prof. Richard Wandelt (früher Bromberg, jetzt Jena).

An einem schönen Sommerabende des Jahres 1880 versammelten sich mehrere hochangesehene Bromberger Herren in der damals sehr beliebten, am Friedriessplatz gelegenen Weinlothe von Hermann Krause. Es waren die Herren Reg.-Dr. v. Tiedemann, Kommerzienrat Stronke, Gymn.-Dir. Dr. Gutmann und Geh. Ratsrat Reichert. Leider fehlt keiner von ihnen mehr unter den Lebenden. Sie saßten sich um einen kleinen runden Tisch und sprachen über die verlorene deutsche Geschichte. Und wie man kann überhaupt aus einem regeren geistigen und wissenschaftlichen Leben und Streben in unserer Zeit ablesen von dem großen Kultursturzungen gelegenen Bromberg erwecken? Manches kluge Wort wurde da gesprochen. Und schließlich ergab die Beratung in dem Beschluß, einen Verein zur Förderung der deutschen Geschichte in Bromberg zu gründen. Dieser Verein sollte die Aufgabe haben, die deutsche Geschichte in Bromberg zu fördern. Und wie man kann überhaupt aus einem regeren geistigen und wissenschaftlichen Leben und Streben in unserer Zeit ablesen von dem großen Kultursturzungen gelegenen Bromberg erwecken? Manches kluge Wort wurde da gesprochen. Und schließlich ergab die Beratung in dem Beschluß, einen Verein zur Förderung der deutschen Geschichte in Bromberg zu gründen. Dieser Verein sollte die Aufgabe haben, die deutsche Geschichte in Bromberg zu fördern.

Es hat, ohne auch nur im entferntesten an irgendeinen persönlichen Vorteil zu denken, rathlos und unermüdet für die Zwecke der Gesellschaft gewirkt. Welche Mühe, die prähistorische Sammlung, die anfangs nur klein und unbedeutend in einem engen Zimmer des Gymnasiums untergebracht war, zu der Bedeutung zu entwickeln, die sie später von berühmten Fachleuten mit gutem Verstand wurde! Ich habe es selbst mitangehört, mit welcher fleißigen Verwendung der berühmte preussische Archäologe Oskar Montelius die Größe und den wissenschaftlichen Wert unserer Sammlung rühmte. Sie hatte inzwischen ein schönes, würdiges Heim im Chor der Rannkenkirche gefunden, so allmählich jährliche Besucher die Tunde des preussischen Bodens mit Interesse betrachteten. Die erheblichen Unkosten der Umbau und der Verkleinerung waren zum größten Teil durch freiwillige Beiträge gedeckt worden.

Wohl mehr noch als die Sammlungen trugen die populärwissenschaftlichen Vorträge zur Hebung und Stärkung des geistigen Lebens in unserer guten Stadt bei. Unendlich mannigfaltig waren die gewählten Themen. Wenn auch die Lokalgeschichte im Vordergrund stand, so gab es doch kaum ein Wissensgebiet, das nicht gelegentlich zu Wort kam. Und jauchte die Erinnerung der Zuhörer nur ausgelassen. Denn es klang ein heiliges Gely: „Kein Vortrag dauerte länger als 15 Minuten.“ Nachher folgte ein nicht minder wichtiger Teil des Abends, für manche vielleicht sogar der wichtigste: das gemütliche Zusammenkommen, für welches aber das 15-Stunden-Gesetz keine

Der gefährlichste Feind der Revision ist das untätige Schweigen. Solange die untätigen Stellen die Zeit für eine offizielle Aufrollung der Revisionsfrage noch nicht als gekommen erachten, sind Diskussionen mit, die Herd anregt hat, wohl ein geeignetes Mittel, den Boden zu ebenen, auf dem zu gegebener Zeit der Verhandlungstisch der Revisionen aufgestellt werden kann. Das Ausland merkt darauf, was Berlin zu tun gedenkt. Man erwartet in England, Frankreich, Italien, Spanien und Amerika, also in den maßgebenden Ländern, eine diplomatische Offensive der deutschen Regierung. Man trachtet damit, daß Deutschland die Revision des Youngplans, der deutsch-polnischen Grenze und anderer Streitfragen verlangt. Man ruft, daß die Reichsregierung die ansehnlichen Fragen auch jetzt noch mit der Zurückhaltung und Verhütung behandelt. Das hat Schacht in Amerika erlitten; das hat Jugo-Slawien nicht zu übersehen gegeben; das lassen auch die Sonder City und das Foreign Office vermuten; und das hat für Frankreich u. a. der für Cordiergruppe gehörende Abgeordnete Jeugère in der Pariser Wochenzeitung „L'Europe“ gesagt, in der er unter der bezeichnenden Überschrift „Eine mühsame Auseinandersetzung“ u. a. erklärt: „An Frankreich, bism. in Kreise seiner Seinnungsgenossen, mühe man sich über eine deutsche Beschränkung wegen der Youngplans ebensoviel zu wundern wie über eine deutsche Lage bezüglich der territorialen Regelung. Die Artikel 147 und 148 des Youngplans böten Deutschland die offene Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen ein Moratorium zu erlangen. Was den Verfaller Vertrag anbelangt, so sei in Artikel 19 des Völkerbundes ebenfalls die Möglichkeit zu einer friedlichen Revision gegeben. Ähnlich spricht sich Professor Gervais in „Daily Telegraph“ über die französische Einkommen- und Revisionsfrage aus: „Im Gaiab d'Orsay rechnet man damit, daß im Laufe der nächsten Jahre jede deutsche Regierung — mit der wahrscheinlichsten Unterstützung Italiens, Ungarns und Österreichs — auf eine baldige und umfassende Revision der Friedensverträge dringen wird. Sogar die ersten beiden Vorschläge, im französischen Außenministerium halten es für möglich und sogar wahrscheinlich, daß Deutschland in naher Zukunft den Youngplan ablehnen und die Rückgabe Danzigs und des Korridors sowie den Zusammenstoß mit Österreich verlangen wird.“ — Die Welt blickt auf Berlin. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun? Dr. K.

Handelspolitik nach Osten!

Im Stabhof zu Düsseldorf fand dieser Tage eine Sitzung der Vorstände des Langnamvereins und der Nordwest-deutschen Gruppe statt. Fast alle leitenden Persönlichkeiten der nordwestdeutschen Wirtschaft waren erschienen. U. a. sprach Dr. Schenkens, über die Revision der deutsch-polnischen Handelsverträge, unter besonderer Berücksichtigung der in den jüngsten Monaten erfolgten Beratungen von Warschau, Sinaia, Genf und Bukarest. Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß die deutsche Handelspolitik weiterhin am Grundfuß der Meistbegünstigung festhalten muß, der allerdings angefaßt der besonderen Lage Deutschlands im europäischen Wirtschaftskreis eine gewisse Aufweichung bedürfte. Die neuerlichen, be-

sonders von argentinischen Gesichtspunkten getragenen Zusammenstrebungen der östlichen und südöstlichen europäischen Länder machten es Deutschland zur Pflicht, der Sicherung und dem Ausbau seiner mitteleuropäischen Markterstellung stärkere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen.

Als sich Deutschland nicht alsbald die Vermittlungen zur Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftskreises einschalten versuche, laufe es Gefahr, diesen sehr zukunftsreichen Markt zu verlieren. Eine der nächsten Aufgaben sei die planmäßige und zielbewußte Arbeit an der Schaffung einer Sektion zwischen dem Deutschen Reich und Osteuropa, um dadurch eine tragfähige Plattform für fruchtbare Beziehungen zu den anderen Wirtschaftszonen des mitteleuropäischen zu gewinnen.

In denselben Tagen, in denen die nordwestdeutsche Industrie sich auf der Düsseldorfser Tagung zu einer handelspolitischen Orientierung nach Osten bekannte, trat auch die Industrie- und Handelskammer für Oberschlesien für eine Sektion der wirtschaftlichen Stellung Deutschlands in Osteuropa ein. Syndikus Candergrüter u. a. v. von Strophalitz führte in seinen Erörterungen über die Erfordernisse der zukünftigen Handelspolitik u. a. folgendes aus: Die Außenhandelsziffern Deutschlands beweisen, daß es im allgemeinen gelungen ist, die deutsche Wirtschaft in die Weltwirtschaft in steigendem Maße wieder einzufügen, so daß an sich ein Grund zu einer grundsätzlichen Umstellung unserer Außenhandelspolitik nicht gegeben werde. Durch die Lage der Landwirtschaft und durch die Beschränkung der Gewerbe, die in der Folgezeit zu erwarten seien, werde aber eine Änderung unserer handelspolitischen Grundzüge gezwungen. Was die handelspolitischen Wünsche anbelangt, so muß leider festgestellt werden, daß die gesamte deutsche Landwirtschaft, insbesondere die des deutschen Ostens, sich in einer außerordentlich schwierigen Lage befindet. In dieser Erkenntnis haben Industrie und Handel die handelspolitischen Wünsche auf Erhöhung der deutschen Güter für Getreide und Viehprodukte und die Öffnung der in erster Linie Unterhaltungsmaßnahmen für die Landwirtschaft bringt, unterliegt, in der Erwartung, daß die Landwirtschaft diesen Schutz dabei benützen werde, sich im Getreidebau den veränderten Verhältnissen in der Kreuzung von Qualitätswaren den veränderten Bedürfnissen des kaufenden Publikums und in der Absatzorganisation dem Vorbild der fortgeschrittenen Länder anpassen werde.

Der Redner nahm jedoch Stellung zu den einzelnen Konferenzen der Ostländer und betonte, daß Deutschland darauf hinarbeiten muß, nicht etwa ausgefaltet oder übergeben zu werden, da an sich die Bedeutung der Ostländer für den deutschen Absatz und Handel noch sehr oft verkannt wird. Auch die immer weiter fortschreitende Rohstoffpollebewegung in Amerika, insbesondere die letzte starke Zollhebung in Kanada, zwingt uns unsere Handelspolitik nach den Argwohngeboten des Ostens und Südostens zu richten. Man wird jedenfalls feststellen müssen, daß das allgemeine Streben jetzt dahin geht, regionale Zusammenstöße von wirtschaftlich zusammengehörigen und voneinander abhängigen Staaten unter Ermöglichung von gegenseitigen Vorbezugverträgen für gewisse Artikel zu schaffen.

Neues aus Polen.

Polnische Wahlen.

Der polnische Wahlkreis ist bereits drei Wochen vor dem eigentlichen Wahltermin in einer Reihe der meistumstrittenen Wahlkreise praktisch entschieden und beendet worden. Die alten der oppositionellen Parteien wurden nämlich durch Behörden in diesen Kreisen einfach für ungültig erklärt, und zwar mit der Begründung, daß ein Teil der Unterschriften, laut Gutachten der amtlichen Schriftführer, falsch, gefälscht ist.

Der einzige Gegenstand, der größten Verwirrung sämtlicher deutscher Wähler hervorgerufen hat, ist die Wahlkreise eine Reihe der deutschen Seite auf die den schönen Namen „Deutsche Bürgerpartei“ trägt. Wie ich herausgestellt hat, werden der Promberger Starost selbst, der zugleich Staatswahlkommissar im dortigen Wahlkreis ist, sowie das Mitglied der Regierungspartei Betetta als Einziger dieser Liste genannt. Die plebiszitäre Seite, die sogar von polnischen Beamten herangezogen wird, ist von einem völlig unbekannten und weißrussischen deutschen Namen unterzeichnet. Der Rest der Namen ist einwandfrei polnisch. Die Deutschen sind diesem polnischen Wahlkreis sofort entschlossen entgegengetreten.

Nach Zählungen der Deutschen Wahlvereinsliste ist allein im Wahlkreis Graudenz bereits mehr als 2000 Deutschen das Wahlrecht aberkannt worden. Wie man den Deutschen Wählern behauptet, sind die Deutschen in den Ri-Körpern bei Graudenz erhielten noch am 19. Oktober 69 deutsche Familien mit etwa 125 Wählern am 14. Oktober datierte Benachteiligungen, daß gegen ihr Wahlrecht Einspruch eingelegt ist und daß sie bis spätestens zum 17. Oktober (1) Protest dagegen erheben könnten. Ähnlich ist es den meisten anderen deutschen Wählern ergangen. Man hat ihnen die Mitteilung erteilt, während der Einspruch eingeleitet werden solle und sie dann in den Wahlkreis gelassen. Die Pflicht an Oberbehörden hatte man es sogar fertiggebracht, den Prinzen von Pleß,

den jedes Kind im Lande kennt, als am Orte unbekannt aus der Wahlkreise zu kreieren! Der Prinz, der Führer des Deutschen Volksbundes ist, hat die zuständige Stelle inwischen von seiner Existenz mit Erfolg überzeugt.

Die deutschen Domherrenstellen in Polen

sind, wie wir hören, leider nicht für alle Seiten dem Deutschen geliebt, wie mir in Nr. 4 des „Ostlands“, S. 5, ein Artikel „Summa summarum“ aus dem Munde des Dr. Dachs“ gelogt hatten. Die Sache liegt vielmehr so, daß durch Verhandlungen mit Rom erreicht worden ist, daß man die jetzigen drei deutschen Domherren Klinke, Steuer und Dr. Dachs für ihre Amtsdauer in ihren jetzigen Stellungen belassen muß, dagegen ist keine Sicherheit dafür geschaffen, daß diese Stellen nach dem Auscheiden ihrer jetzigen Inhaber auch künftig nur von Deutschen besetzt werden. Es wird großer Aufmerksamkeiten bedürfen, um das zu erreichen. Von politischer Seite sind, wie der Vatikan sich festgesetzt hatte, alle erdenklichen Versuche gemacht worden, die genannten deutschen Domherren zu befeigen und alle Stellen am Polener Dom mit Polen zu besetzen. Was das jetzt nicht gelungen ist, darf es auch künftig nicht gelingen.

Redakteur Riekmann freigelassen.

Der deutsche Redakteur Adolf Riekmann in Kempten, der von den Polen in verhaftet wurde, den Superintendantenmeister Pastor Klammer in Kempten erschossen zu haben, ist nunmehr aus der Haft entlassen worden, nachdem 50 Zeugen seinen Alibi bekräftigten, daß er am fraglichen Tage ununterbrochen in einem von Kempten 27 Km. entfernten Orte gemalt hatte. Wie R. behauptet, hatte die ganze Aktion den Zweck, Riekmann als politisches Instrument zu verpacken. Das Kommando in Kempten zu verpacken und Riekmann, der einer der angesehensten Führer des Südpolens Deutschtums ist, für die Wahlkreise mit zu jenen. Nur der großjüdische Alibizeuge seiner Unschuld konnte

schloß. Die Novemberversammlung soll wegen des am 1. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Café Sanssouci“ stattfindenden Vortrags des Universitätsprofessors Dr. Solger: „Deutsche Pflicht im Osten“, ausfallen.

Die Ortsgruppe „Brandenburg a. d. Havel“ hat am 11. Oktober d. J. in den Oberr-Gezellen ihr 10jähriges Stiftungsfest begangen. Obwohl die Teilnehmerzahl wegen schlechten Wetters nicht so groß war, wie man sich gewünscht hätte, so war doch der Besuch derart voll, daß sie gegen 11 Uhr morgens wegen Überfüllung geschlossen werden mußte. Die Mitglieder mit ihren Angehörigen, die Gäste und die Gäste der Gäste, die sich zu dem Fest eingefunden hatten, waren sehr zahlreich. Die Veranstaltung war sehr gelungen und wurde von allen Seiten mit Interesse verfolgt. Die Ortsgruppe hat sich durch ihre Tätigkeit in der Vergangenheit sehr verdient gemacht und wird auch in Zukunft für die Förderung der Jugend und der Kultur in der Gegend tätig sein. Die Ortsgruppe hat sich durch ihre Tätigkeit in der Vergangenheit sehr verdient gemacht und wird auch in Zukunft für die Förderung der Jugend und der Kultur in der Gegend tätig sein.

Landesverband Ostmark.

Die Ortsgruppe Cottbus hielt am 14. Oktober ihr Monatsversammlung ab. Im seinen einleitenden Worten wies der 1. Vorsitzende, Schulrat Stäber, auf die letzten Kämpfe in Polen hin. Er wies die Offbundtätigkeit des Landesverbandes Ostmark in Landberg a. d. W. am 20. und 21. September berichte der Geschäftsführer der Ortsgruppe, Landesamtsleiter Dr. Schulz, auf die Tätigkeit der Ortsgruppe im Landesverbandes hin. Besonders seine umfassende Tätigkeit wie die Erfolge des Offbundes erkennen und zeigte, wie die Vertriebenen zum größten Teil wieder zu einer selbständigen Existenz gekommen sind und wie sehr die Tätigkeit des Offbundes diese auch der Vorbereitung für eine gewöhnliche Lösung der Offstgen gestolten hat. Die nächste Sitzung der Ortsgruppe soll sich am nächsten Sonntag abends 7 Uhr im Cottbus stattfinden. Über die Entschädigungsfrage hat Herr Pelka am Sonnabend, den 18. d. M., im Restaurant Domke noch weitere Mitteilung gegeben. Interessante Ausführungen machte er über den Wohnhof Neu-Verden, der im Osten fast meier zu einem bedeutenden Stützpunkt des Deutschtums anwachsen möchte. In die nächste Sitzung der Ortsgruppe soll sich ein gleiches Thema anschließen. Am nächsten Sonntag, den 21. Oktober, wird die Abrechnung in Oberförsterei soll in der Ortsgruppe, der ja auch die Oberförsterei angehörien sind, im Frühjahr besonders gehabt werden.

Ortsgruppe Süferwalde. Am 10. Oktober feierte die Ortsgruppe unter liberalem Regier Beteiligung der 7. Stiftungsfeier. Der Berechnende, Kaufmann Max Schmidt, begrüßte die Teilnehmerinnen und gab sodann dann zu der Feier abgetretenen Vandespräsidenten Dr. E. Lütke das Wort zu seinem Vortrag über „Schicksal, Not und Zukunft des deutschen Ostens“. Musikalische Darbietungen umrahmten diesen Teil des Programms; in treuer Kameradschaftlichkeit blieben Konseleute und Gäste dann noch lange beieinander.

Frankfurt a. d. O. (Berlin

Herr Polowski hat am 21. Oktober im Deutschen Heim ihre Monatsversammlung ab. Neu aufgenommen wurden die Candelete Herr Pöschel und Herr Hübner. Der Sommer in der Gade-Verwaltung des Biblichen Vereinsangehörigen sind der Vorsteher, Herr Stadtrat Bartel, bekannt, daß die Ortsgruppe Suben am 15. November d.J. ihr jähriges Festessen feiern wird. Er bat, daran recht zahlreich teilnehmen zu wollen. Abfahrt derzüge nach Suben 14.08 oder 16.46. Am Stells des bisherigen Kulturpflegers wurde Pandsmann Krikel ben genannt. Der Vorsteher gebaute aus verheirateten Frauen, Herrn Gustav Fischer, wahren Worten. Sodam hielt Pandsmann Rönald einen interessanten Vortrag gegen die Füge über deutsche Kriegsgruel im Weltkrieg. Pandsmann Jun k las Berichte aus deutschen Zeitungen aus der alten Heimat vor. Zum Schluß erfreute uns die Chorvereinigung noch mit drei gut vorbereiteten Liedern.

Candeverband Schlesien.

Ortsgruppe Silesberg i. Rhg. Am 11. Oktober d. J., abends 8 Uhr, veranstaltete die Ortsgruppe im Kunst- u. Vereinsbau, ein Fest, bei dem Klaviermusik das Leben zum bestmöglichen „Omnikurische“ unterhalten. Die Musik war sehr schön. Es folgten auch viele andere, welche easterlicher Vereine, sowie Vertreter und Mitglieder der

Nicht-Ortsgruppen Schmieberg, Wermtern, Eaubach-Sagen, Hilsdorf sowie des Bezirks ehemaliger Sied begründeten, deren Gelingen die verlorenen Städte Rastbach und Alfa waren. Ein Schriftsatz der hiesigen Jägerkapelle Reichsm. Inf. Nr. 7 und Waldob. Herzogs „Rath Ostland wollen wir retten“ als Vorpruch und zwei Fieber des Hirschenberger Männer-Gesangsvereins unter Leitung von Chormeister Anselm leiteten den Abend ein. Der erste Vorsitzende, Steuerwart Dr. A., erinnerte in seiner Begrüßungsansprache die Zuhörer der Ortsgruppe auf ihre Aufgabe hin, sich für die zukünftige Außenpolitik. Der Redner gedachte der Entkernung der Ortsgruppe unter ihren früheren Vorkämpfern, dem verstorbenen Schulrat Rademski und dem Steueramtmann Jälsdorf; jetzt in Sagen, Er überreichte Herrn Jälsdorf sowie dem 2. Vorsitzenden, Dr. Berg, die Ehrenkreuze des Deutschen Ostlandes, sowie einer Anzahl Mitglieder die Ehrenabel. Die Grüße des Bundespräsidiums blieben nicht ohne Wirkung. Als nächst folgte die Rede des Generalsekretärs Müller-Stroheim aus Siegen. In packender Weise behandelte dann Studentent Dr. Bath das Thema „Der Kampf des Deutschtums in den Ostmarken“. Anschließend wurden Uebersichten aus der entzerrten Ostmark, namentlich von Polen gezeigt, zu denen Dr. Berg den begeisterten Text sprach: Die Feldrede hatte Pastor Wolfhacht, Gölitz, übernommen, der an seinem eigenen Schicksal ein Beispiel gab, wie sehr man sich durchsetzen kann. Er bedankte sich dann für die Ehrungen, die ihm bei der WPD, Schleißhof, zugefallen waren für den Magistrat Stadtrat Werner. Eisenbahn-Ingenieur Durandt trat den Ehrenabzeichen; ferner sprachen noch Vertreter der Ortsgruppen Eaubach, Schmieberg und Freytag. Nach dem gemeinsamen Gesänge des Ostmarkerleides von Ernst Lange wurden die Anwesenden durch nette Konversationsrunden von jungen Damen erfreut. Der Vespergesang erzielte bei Sel. Dorfom, deren Können im Gesange allgemein bewundert wurde. Gemütliches Beisammensitzen und Konz. beschloßen den Abend.

Landesverband Bezirk Magdeburg.

Die Ortsgruppe Weimergöde beging am 11. Oktober im Hotel „Reichshof“ ihre Monatsversammlung im Beisein eines bunten Zuhörs. Der 1. Vorsitzende gedachte des Geburtstages unseres großen Reichspräsidenten. Im Namen des Deutschen Ostbundes überreichte er 1. Vorsitzende Frau-Ehrenreine für 10jährige Mitgliedschaft an die Herren: Bahr, Goloski, Gankke, Hoffmann, Kermadt, Mumbt, Pörsch, Zander, Herr Dr. Schulz (Witz); ferner überreichte er das Kreuz der Ehrenbürgerin Frau Schulz (Witz) an die Herren: Dr. Hartmann, Herkl, Jordan, Süßerbil, Schirrmann und die Frauen: Scheffler und Schweinsaupt. Das Weihnachtsfest soll am Sonntag, den 28. Dezember, im Hotel „Reichshof“, nachmittags 4 Uhr, und das Stifftingsfest am 2. Februar 1931 im Köstner'schen Säulenhause stattfinden. Der 2. Vorsitzende, Herr Goloski, sprach über „Südwert und Nordwert des Lebens“. Die Mitglieder des Vereins, bunte, bunte, bunte Beiträge und Vorstellungen, die viel Anklang fanden, waren wirksamen bei für die Darbietungen nochmals gedankt.

Ostmärkische Heimathnachrichten.

Persönliches.

Schulrat August Benemann †.

Der Vortagesgeordnete August Beuermann, Schult in Hohenheim (früher Kreiswahlinspektor in Adelnau und Straußhof), ist Sonnabend, den 25. Oktober, in Hannover, wo er sich wegen einer Drüsenentzündung einer Operation unterziehen mußte, plötzlich gestorben. Er war am 14. Dezember 1867 in Eiershausen (Weßhau) als Sohn eines Landwirts, Zimmermeisters und Holzhandlers geboren, ist aber in Adelnau aufgewachsen. Er hatte die Preussenschule und die Lehrerseminar in Alfeld. Seine wissenschaftlichen Interessen waren Geographie, Geschichte und Literatur in Jena, Berlin und Nancy bezogen. Außerdem er ein Jahr lang in Carlshof bei Hannover Lehrer gewesen war, war er von 1890 bis 1892 Präparandlehrer in Alfeld, dann ein Jahr lang Seminarlehrer in Wundorf bei Hannover, 1897 wurde er zum Kreiswahlinspektor in Adelnau ernannt, wo er ein Jahr lang wirkte. Am 1. März 1901 wurde er zum Kreiswahlinspektor in Straußhof. Nach dem polnischen Untergang wurde er in gleicher Amtseigenschaft nach Hameln versetzt. Er war Mitglied der Rationalisierungsliste, gehörte von 1920 bis 1924 dem Reichstage und leitete den Vortages an, in dem er den Wahlkreis Vigan in vertrat. Während seiner Tätigkeit in Straußhof gehörte er der Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei an, war Organisator und Sekretär der Reichsbildungsvereine, Kriegshilfsvereine, Lebensversicherung, sowie in anderen Ehrenämtern verdient gemacht. Er war Ehrenmitglied der deutschen Turnerschaft, Mitglied des preussischen Lehrervereins, des Deutschen Beamtenbundes und des Reichsbundes deutscher Beamter. Aus seiner 18jährigen Tätigkeit in der Provinz Vigan hatte er sich auch nach seinem Weggange eine große Achtung erworben. Er war ein Mann, der sich in jeder Lage bei jeder sich bietenden Gelegenheit in warmer Weise einsetzte. Auch nach dem Deutschen Untergang hatte er, seit ihm Straußhof in die Rationalisierungsliste aufnahm, vertrauensvolle Beziehungen. Aus vielen unserer großen öffentlichen Tagungen und an wichtigen Versprechungen im eigenen Kreis hat er mit lebhaftem Interesse teilgenommen und sich in jeder Hinsicht als zuverlässiger, vornehmer Mann, seine laute Stimme, sein Wesen, seinen unerschütterlichen Charakter, sein

Verwertung von Entschädigungs- und Schuldbuchforderung.

Veraufung,
Vorschüsse, Beleihung

Antauf zu höchsten Kurzen
und schnellstens durch

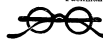
Ostmärker-Aufbau G.m.b.H.

jeht: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B, II
Telephon: B 1 Kurfürst 2775.

Optiker Stephan Berlin SO, Schlesische Straße 39-40

Telephon: Moritzplatz 4273

Kostenlose Augenuntersuchung
Fachmännische Bedienung
Reparaturen
sofort



Eig. Werkstatt
im Hause

Lieferant für Krankenkassen
Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost

Ostländer!

Unterstützt die Heimat!

Deckt Euren Bedarf an Tafelbutter, jeden Morgen lautlich, an Tischartikel, wolleit u. halbfett u. Landbutter, im Preise billiger, in Vollpreisen unter Nachnahme frei Haus von der Dampfmoellerei Engelstein, Kitz. Angerburg (Ostpr.).

Möbeltransporte



in Berlin und nach außerhalb per Bahn und Automobilen, Wohnungstausch, Lagerung.

Berlin W 30, Nollendorfplatz 7, Sammeln. : 87, Pallas 6786.

Wies angeheimes

Kolonialwaren- u. Delikatessen-Geschäft

mit umfangr. Wild- u. Geflügelverkauf in gr. Stadt W. Schl. in Umfänge halber a. 1. Jan. zu verkaufen Gr. heller Boden, viel Lagerräume, neuzeitl. Kühl- u. Gefrierkälte im Grundstück. Umf. über 100000 M. Zur Übernahme des Inventars u. Warenlagers 15000-20000 M. in Bar erforderlich. Für streb. Kaufleute gute Gelegen., zumal das Geschäft noch bedeutend erweitert werden kann. Zufuhr. unter 428 an das Ostland.

Graue Haare erhält Naturfarbe auf natürliche Weise. Fragen Sie uns! Aufklärung kostenlos und vertraulich. Santos, Zinndorf i. Ban, Rüdter Str. 30.

Geschäftsgrundstück

i. Baberort Westf. mit frw. Kolm.-Geld. und 4-3-2-Möbeln. b. 65000 M. Wng. zu vert., auch für penl. Beamte, geeignet. Weib. unt. 424 an das Ostland erbeten.

Wegen unheilbarer Krankheit meines Mannes bin ich gezwungen, meine

Stadt-Motormühle

mit schöner Exkuz zu verkaufen. Offerten unter 428 an das Ostland erbeten.

Mitglieder!

Bedenkt Euch nach Möglichkeit Eurer Organisation und ihrer Einrichtungen.

1. Geschädigtenhilfe

Diese Abteilung hilft den Mitgliedern bei der Verwertung ihrer Schuldbuchforderungen und bei allen damit zusammenhängenden Angelegenheiten.

2. Versicherungsstelle des Deutschen Ostlandes.

Sie vermittelt alle Versicherungen zu günstigen Bedingungen.
Deutscher Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstr. 43. Tel. Steinkl. 8031.

Polnische Hypotheken

Forderungen, Wertpapiere, Grundstücke in Polen, laufe für das Hypotheken- und Denkschaus Edmund Sumalki, Bydgoszcz (Polen)
Emil Wollenberg, Bin.-Charlottenburg, Wollenbergstr. 46.
Tel. Bismard 4693.

Gelegenheitskauf!

Hausgrundstück mit Kolonialwarengeschäft in Trichtergel., Grenzmarkt, wegen Todesfalls für 6500 Mark zu verkaufen. Übernahme kann sofort erfolgen.
Wag Lange, Teilhabemittelbesitzer, Berlin-Lankwitz, Kurfürststr. 48-50.

Justizbeamter

früh. Ostrow (Polen), übernimmt gewissenhaft, reell Hausverwaltungen mit gleichzeitiger Erledigung der Steuerangelegenheiten Hypothekenregulierung, v. a. in Referenzen. Zu erfragen: Neustadt bei Vanger, Kaiser-Friedrich-Str. 211.

'Wir Schlesier'

die Heimatzeitschrift für schlesisches Weien und schlesische Dichtung, erfüllt durchaus die Aufgabe, die Heimatliebe zu pflegen und die schlesische Volksgemeinschaft zu festigen. Schlesier, gleichviel wo anässig, sollten das Blatt ständig lesen, um die Aufgaben und Beitreibungen der Zeitschrift erfüllen zu helfen. 'Wir Schlesier' ist das Vereinsorgan vieler Schlesiervereine im Reich und das Bundesorgan des 'Reichsbundes der Schlesier'. Auskunf und Probenummern durch den Schlesierverlag.

L. Heege, Schweidnitz
in Schlesien — Postschleifach 26.

Im Rentenguts-Verfahren haben wir in Brandenburg, Schlesien und Westpreußen noch einige

Bauern - Wirtschaften

in Größe von 40-80 Ma. und auch kleinere Stellen frei. Außerdem werden bereits jetzt Veranlassungen auf zahlreiche weitere Giebelstellen, welche 1931 mit Ernte und Inventar übergeben werden, entgegengenommen. Bei Eigeninventar nur geringe Anzahlung. Langjährige niedrige Reithypotheken, meist 1 1/2 jähr.

Auskunft kostenlos durch die
Deutsche Ansiedlungsbank
Berlin - Halensee
Seelener Straße 30.

Wegen Todesfall ist ein alleingeführtes

Kolonialwaren-, Feinkost-, Zigarren- und Spirituosen-Geschäft

mit Grundstück und geräumigem Hof, viel Nebengebäude, in Kreis- und Gymnasialstadt der Ufermark zu verkaufen. Zur Übernahme des Grundstücks u. Warenlagers sind 20000 M. erforderlich. Hypothek, oder Staatspfandbrief, können als Anzahlung geleistet werden. Off. unter 415 an das Ostland erbeten.

Holz-, Kohlen- und Kapproduktengeschäft

mit Hausgrundstück (3-Zimmer-Wohnung) ältestes und größtes im Platz, in mittlerer Industriestadt, Nähe Berlin, altershalber zu verkaufen. Günstige Geleg., jähr. Umfah über 200000 M. Preis u. Anzahl. nach übereinkunft. Angeb. unter 416 an das Ostland erbeten.

Wer kennt

die Anführer des Inspektors Fink; des Rechnungsführers Wathies; des Hofkammerwärters Sander, die ich während der Kampfbildungen des Grenzschutzes mit polnischen Truppen auf dem Gut in Kulm in Stellung befand? Nachrichten erbittet Hermann Bloch, E. Wittenommen, Seehausen (Altmark), Wühlentor 8.

Hausgrundstück!

Verkaufe sofort mein in Bad Freienwalde a. Oder gelegenes

5-Familien-Haus

mit 1 Morgen Land und 2 Morgen Wiesen. Preis 14000 M., Wng. 5000 bis 6000 M. Rest bleibt liegen.
Hermann Bloch, Bad Freienwalde, Neue Bergstr. 15.